GEW BERLIN
72. (87.) JAHRGANG
DEZEMBER 2020

# bbz

Berliner Bildungszeitschrift

# Schulsozialarbeit macht stark

SCHULE
**Inklusive Beschulung mit hohem Preis**

TENDENZEN
**Solidarität mit französischen Lehrer*innen**

RECHT & TARIF
**Das Land Berlin im politischen Abseits**

KOLUMNE

# Wider die Lebensnähe

*von Joshua Schultheis*

Es ist pädagogischer Konsens: Die Schule muss sich annähern an die Lebenswirklichkeit der Schüler*innen, weniger Grammatik pauken, dafür mehr Youtube-Clips zeigen, weniger Beethoven und mehr Deutschrap, Zeitgeschehen statt alte Kamellen, Lebensnähe statt Abstraktion. Und was sollte man dagegen haben, wenn der Unterricht sich an den Interessen der Zöglinge und nicht an einem hinfälligen, längst diskreditierten Kanon orientiert? Wenn die Schule gleichsam mitten im Leben steht und nicht abhebt ins Wolkenkuckucksheim?

Das könnte man dagegen haben: Zu viel sogenannte »Lebensnähe« steht dem eigentlichen Ziel der Bildung entgegen, statt es zu befördern. Die Durchdringung der Wirklichkeit, die Ausbildung des eigenen Verstandes – was sonst könnte Bildung bedeuten? – erfordert eine Distanzierung von den Umständen, in denen man lebt, die einen prägen, gar von sich selbst. Der Weg zum Wissen, zur Individualität, zu Tugenden wie Toleranz und Verständigkeit führt über das temporäre Vergessen, über die Entfremdung und das Abstandnehmen von allem, was sich einem alltäglich unmittelbar als Wirklichkeit, als das »Leben« darstellt.

Dies ist kein konservatives Plädoyer für das Einfrieren des schulischen und pädagogischen Status quo, der alles andere als erhaltenswürdig ist. Vielmehr eine Mahnung, solidarisch mit progressivem Reformbemühungen, dass sich manches eben doch zu bewahren lohnt. Etwa eine schon sehr alte Erkenntnis: Kritische Vernunft braucht Lebensferne. ■

*Joshua ist Lehramtsstudent in Berlin. In seiner Kolumne schreibt er über Widersprüchliches und Kurioses in der Lehrer*innen-Ausbildung*

ZEICHNUNG: RUTH HEBLER

# Jonglieren zwischen Vertretung und Papierstau

**Eine Evaluation zeigt, dass Erzieher*innen an Schulen zu wenig Zeit zur Vorbereitung haben. »Arbeitsverdichtung« nennen das die einen, Überlastung die anderen**

FOTO: PRIVAT

*Nadine Wintersieg, Erzieherin und Mitglied der bbz-Redaktion*

Die Qualität von Bildung und Erziehung hängt von Ressourcen ab. Personal, Zeit, Räumlichkeiten und technische Ausstattung müssen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, um die Qualität der pädagogischen Arbeit gewährleisten zu können. So simpel die Erkenntnis, so sehr mangelt es doch nach wie vor an deren Umsetzung.

Mit der »Dienstvereinbarung für mittelbare pädagogische Arbeit« konnte im Februar 2017 ein Etappensieg für die Festschreibung solcher Standards erreicht werden. Kernpunkt der Vereinbarung ist, dass Erzieher*innen und Facherzieher*innen für Integration in Grundschulen und Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt vier Zeitstunden pro Woche zur Vor- und Nachbereitung der Arbeit mit den Kindern zur Verfügung stehen sollen. In der Praxis werden diese Rahmenbedingungen jedoch immer wieder ausgehöhlt. Zu diesem Ergebnis kommt auch die jüngst veröffentlichte Evaluation der Dienstvereinbarung, mit der das Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung an der Alice Salomon Hochschule beauftragt wurde. Diese basiert auf einer Datenerhebung vom September 2019 und wurde im Februar 2020 bereits mit Fachvertreter*innen diskutiert.

Allgemeiner Personalmangel, hohe Krankheitsstände und nun auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie führen dazu, dass die im Dienstplan verankerten Vorbereitungsstunden allzu oft nicht genutzt und teilweise auch später nicht nachgeholt werden können. Am eklatantesten zeigt sich das am Beispiel des oft gelangweilt herunter gebeteten Vertretungsprinzips »Lehrer*innen vertreten Lehrer*innen. Erzieher*innen vertreten Erzieher*innen«. In der Praxis erfährt dieses immer wieder kreative Neuauslegungen. Erzieher*innen »vertreten« nicht in der Klasse, in der die Lehrkraft fehlt, sondern sie »betreuen« diese lediglich. Dass sie den von der zu vertretenden Lehrkraft zur Verfügung gestellten Lernstoff dennoch vermitteln, bleibt oft unerwähnt. Faktischer Unterrichtsausfall wird hierdurch kaschiert.

Auf diese Weise kommen Integrationserzieher*innen nicht zu ihrer eigentlichen Arbeit mit Schüler*innen mit Förderbedarf und Erzieher*innen können ihre pädagogische Arbeit nicht so vorbereiten, wie sie sich das eigentlich wünschten. Wenn zusätzlich der Drucker wieder einmal streikt und im Kopierer Papierstau ist, dann verstreicht die wertvolle Vorbereitungszeit mit Tätigkeiten, die nicht ursächlich mit der pädagogischen Arbeit zu tun haben. Von ausreichend vorhandenen Computerarbeitsplätzen, die tatsächlich auch online sind, ganz zu schweigen.

Die Dienstvereinbarung bezieht sich auf öffentliche Schulen, ihre Umsetzung lässt – wie auch die Evaluation zeigt – noch in weiten Teilen zu wünschen übrig. Und dennoch bildet sie einen Rahmen, der auch bei Kindertagesstätten zur Verfügung stehen sollte, um die Qualität der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen wie auch die Zufriedenheit und Gesundheit der Erzieher*innen langfristig zu sichern.

**24 SCHULE** Ein Schulplatz an einer Inklusionsschule führt noch lange nicht dazu, dass ein behindertes Kind dort auch wirklich unterrichtet werden kann. Lisa Reimann beklagt, dass die nötige pflegerische Betreuung oft nicht durch die Senatsverwaltung gestellt wird und die Krankenkassen meistens eine erhebliche persönliche oder finanzielle Beteiligung der Eltern erwarten.

**28 TENDENZEN**
Der französische Lehrer Samuel Paty wird ermordet, weil er Meinungsfreiheit lehrt. Wie kann so etwas in einem laizistischen Staat geschehen? Eine Solidaritätserklärung von Eva-Maria Besler und Christiane Pecek.

**30 RECHT & TARIF**
Dass die Hauptstadtzulage für die Beschäftigten im Landesdienst zum Fauxpas werden würde, war eigentlich absehbar. Dennoch nahm die Berliner Landesregierung das Debakel in Kauf. Was sich jetzt für die Beschäftigten und die Gewerkschaftsarbeit ändert, beschreibt Udo Mertens.

TITELBILD: BERTOLT PRÄCHT OBEN LINKS: IMAGO IMAGES/DESIGN PICS; OBEN RECHTS: BERTOLT PRÄCHT; UNTEN LINKS: IMAGO IMAGES/HANS LUCAS; UNTEN RECHTS: IMAGO IMAGES/JÜRGEN RITTER

# INHALT


Kolumne | Standpunkt | kurz & bündig | Impressum 2-7

## TITEL

Schulsozialarbeit macht stark *Doreen Siebernik* 9

Das Landesprogramm »Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen«
*Marina Koch-Wohsmann / Sarah Heep* 11

Einstieg in die Schulsozialarbeit an einer Kreuzberger Grundschule
*Verena Krajewski* 12

Ein wertvoller Baustein in der Bildungslandschaft
*Team der Schulsozialarbeit an der Wedding-Grundschule* 14

Interview mit Stephan Schillhaneck-Demke:
»Eine Gruppe in Randlage« *Antje Jessa* 15

## SENIORITA

Interview mit Manfred Triebe:
»Ein Kampf gegen Windmühlen« *Dieter Haase / Klaus Will* 19

Monikas Corona-Alphabet *Monika Rebitzki* 21

## SCHULE

Schüler*innen brauchen Ferien *Ulla Widmer-Rockstroh* 23

Unser exklusives Schulsystem belastet auch die Eltern *Lisa Reimann* 24

Herkunftssprachen werden in der Schule ignoriert *Lilo Martens* 26

Eine Umfrage zum Fernunterricht zeigt, wo es fehlt *Christoph Wälz* 27

## RECHT & TARIF

Die Senatsverwaltung tut wenig für den Gesundheitsschutz
*Manfred Triebe* 28

Debakel Hauptstadtzulage *Udo Mertens* 30

Für einen humanen Tarifvertrag beim HVD *Udo Mertens* 31

## GEWERKSCHAFT

Danke, Caro! *Markus Hanisch / Tom Erdmann* 18

Die Neuen in der Geschäftsführung *Doreen Siebernik / Tom Erdmann* 32

Aufarbeitung des Radikalenerlasses von 1972 *Ewald Leppin* 33

Zum Abschied von Andreas Kraft *Christiane Weißhoff* 34

## TENDENZEN

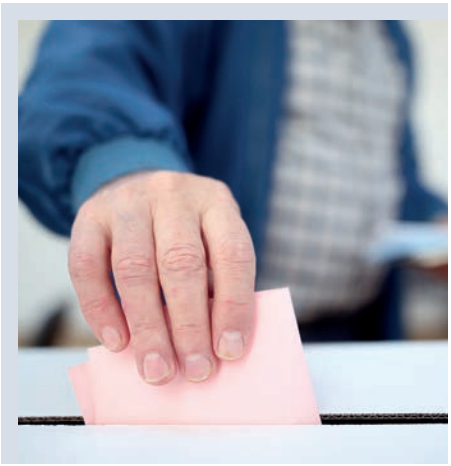
Liberté, j'enseigne ton nom *Eva Besler / Christiane Pecek* 35

Die vergessenen Opfer der Nazis *Gabriele Kandzora* 36

## SERVICE

Theater | Bücher | Materialien | Aktivitäten 37

**8 TITEL** Schulsozialarbeiter-*innen leisten enorm wichtige Arbeit. Ihr besonderer Zugang zu den Schüler*innen macht sie an den Schulen unverzichtbar. Dennoch ist ihre Berufsgruppe selten im Fokus. Das ist in dieser Ausgabe der *bbz* anders.



**Die Personalratswahlen 2020 sind zu Ende. Wir danken allen, die ihre Stimme abgegeben haben. Die Ergebnisse findet ihr auf www.gew-berlin.de**

FOTO: ADOBE STOCK/DAMIR

### GEW setzt sich für Alternativszenario ein

Die GEW BERLIN setzt sich angesichts drastisch steigender Corona-Infektionszahlen und immer mehr Pädagog*innen und Schüler*innen in Quarantäne dafür ein, das Alternativszenario im Corona-Stufenplan schleunigst umzusetzen. »Die Pädagog*innen fühlen sich an ihrem Arbeitsort nicht ausreichend vor möglichen Ansteckungen mit SARS-Cov-2 geschützt. Es ergeben sich täglich zahlreiche ungeschützte Kontakte«, erklärte Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN, gegenüber der Presse. »An keinem anderen Ort kommen aktuell so viele Menschen in geschlossenen Räumen ohne Abstand und in vielen Fällen ohne Masken zusammen. Wir dürfen die Schulen nicht auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten und der Schüler*innen im Regelbetrieb halten. Die Folge könnte nicht zuletzt auch sein, dass die Schulen wieder in den kompletten Lockdown müssen«, so Erdmann weiter. Zum Schutz aller und für den Erhalt der Bildungsangebote forderte die GEW BERLIN bereits seit Wochen eine Umsetzung des Alternativszenarios mit Halbierung der Lerngruppen und festen Zuordnungen der Pädagog*innen zu den Lerngruppen«

### Umfrage: Corona treibt Arbeitszeit der Lehrkräfte weiter in die Höhe

Eine aktuelle Umfrage der GEW Schleswig-Holstein hat ergeben, dass 59 Prozent der Lehrer*innen im Corona-Regelbetrieb mehr als vor der Pandemie arbeiteten. 53 Prozent der Befragten sehen ihre Schule nur schlecht oder sehr schlecht auf eine erneute Phase des Fernunterrichts vorbereitet. Die Botschaft der Befragten ist eindeutig: Corona führt zu enormen zusätzlichen Belastungen an den Schulen. Durchsetzung der Hygienemaßnahmen, gestiegener Beaufsichtigungsaufwand und zusätzliche pädagogische Förderung sind extreme Belastungsfaktoren. Schließlich kommen diese Aufgaben zu den normalen Aufgaben einer Lehrkraft hinzu. Die GEW führte im September 2020 eine Online-Befragung ihrer Mitglieder an schleswig-holsteinischen Schulen durch. 1132 Personen haben sich daran beteiligt.

### KMK-Beschlüsse sind Rolle rückwärts

Die GEW hat jüngste Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) als »Rolle rückwärts« und »einen schwarzen Tag für die Bildung« kritisiert. »Historisch«, wie KMK-Präsidentin Stefanie Hubig das Papier bezeichnete, sei es nur »in dem Sinn, dass es den Status quo einer Bildungspolitik der 1950er-Jahre West festschreibt«, sagte die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe nach der Vorstellung der Ergebnisse Mitte Oktober. »Prüfungen werden zentralisiert und normiert, Qualität soll über noch mehr Tests und Bildungsstandards gesichert und veraltete Pädagogik jetzt auch digital betrieben werden«. Die KMK verabschiede sich weitgehend von der Inklusion, dem gemeinsamen Lernen aller Kinder und Jugendlichen. Die Umsetzung der 2009 von der Bundesregierung ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention hätten die Kultusminister*innen »beerdigt«. Das KMK-Papier gehe nicht auf die Anforderungen ein, die die Migrationsgesellschaft an das Bildungssystem stelle.

### Studierende nehmen in Krise fast eine Milliarde Euro Schulden auf

In den vergangenen fünf Monaten haben Zehntausende Studierende Kredite in Höhe von insgesamt fast einer Milliarde Euro bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beantragt. Das geht aus einem Schreiben des Bundesbildungsministeriums an den Haushaltsausschuss des Bundestages hervor. Demnach wurden von Mai bis September rund 30.800 Anträge auf einen KfW-Studienkredit in einer Gesamthöhe von 919,6 Millionen Euro gestellt. Das sind fast viermal so viele Anträge wie im gleichen Zeitraum vor einem Jahr. Von Mai bis September 2019 wurden nach Angaben der KfW 8.500 Anträge auf einen KfW-Studienkredit gestellt mit einem Gesamtvolumen von 315 Millionen Euro. Laut KfW war 2019 ein durchschnittliches Jahr.

### Wissenschaftsstaatssekretär Krach zieht es nach Hannover

Berlins Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Steffen Krach, will nach sechs Jahren sein Amt niederlegen und im kommenden Jahr Regionspräsident der Region Hannover werden. Das kündigte der SPD-Politiker und gebürtige Hannoveraner auf seiner Webseite an. Krach ist in der Wissenschaftslandschaft durchaus geschätzt. Der 41-Jährige ist seit 2014 Staatssekretär für Wissenschaft, erst in der Bildungsverwaltung angesiedelt, seit 2016 unter dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller in der Senatskanzlei.

### Professorinnenanteil steigt nur langsam

Weiterhin ist nur jede vierte Professur an deutschen Hochschulen von einer Frau besetzt. Der Anteil von Professorinnen erhöhte sich im vergangenen Jahr um knapp einen Punkt auf 26 Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Insgesamt gehörten demnach Ende 2019 rund 48 500 hauptberufliche Professorinnen und Professoren zum wissenschaftlichen Hochschulpersonal. Der Frauenanteil war am höchsten in den Geisteswissenschaften mit 39 Prozent, am geringsten in den Ingenieurwissenschaften mit 14 Prozent. Das Land Berlin erzielt mit 32,3 Prozent unter den Bundesländern die höchste Quote an Professorinnen.

### Es fehlen rund 342.000 Kita-Plätze für Kleinkinder

In Deutschland fehlen laut einer neuen Studie rund 342.000 Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren. Die Lücke sei damit im Vergleich zum Jahr 2015 noch größer geworden, berichtet das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Demnach gab es zum Stichtag 1. März 2020 für jedes siebte Kind unter drei Jahren (14,4 Prozent) keinen Platz. Im Jahr 2015 habe

dieser Anteil noch 10,2 Prozent betragen. Insgesamt sei das ein Anstieg von mehr als 127 000 fehlenden Plätzen.

### Kinder- und Jugendhilfereform soll noch dieses Jahr auf den Weg

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey will ihre geplante Reform der Kinder- und Jugendhilfe noch dieses Jahr auf den Weg bringen. Laut Bundesfamilienministerium wachsen in Deutschland 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter schwierigen sozialen Umständen auf und sind mit ihren Familien auf Kinder- und Jugendhilfe angewiesen. Sie sollen mit dem Vorhaben stärker unterstützt werden. Das Gesetz sieht unter anderem die Einrichtung bundesweiter Ombudsstellen vor, an die sich Eltern und Kinder bei Beschwerden über Entscheidungen von Jugendämtern wenden können. Zudem sollen Heime künftig jederzeit unangemeldet und ohne Anlass kontrolliert werden können.

### Forscher*innen legen Defizite in Berliner Schulen und Kitas offen

Berlin gibt zwar so viel Geld für Bildung aus wie kaum ein anderes Bundesland, das schlägt sich aber nicht in hoher Qualität in Kitas und Schulen nieder. Zu diesem Fazit kommt eine vom Senat beauftragte Gruppe von Bildungsforscher*innen. Die Probleme fangen demnach schon in den Kitas an. An vorschulischen Bildungseinrichtungen gelinge es nicht hinreichend, die Kompetenzen von Kindern zu fördern und soziale sowie herkunftsbedingte Ungleichheiten zu reduzieren, heißt es im Bericht. Das setze sich an den Schulen fort. Trotz »teilweise beachtlicher Anstrengungen« sei es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, die Leistungen der Schüler*innen in Mathematik und Deutsch substanziell zu verbessern. Die große Zahl an Schüler*innen, die die Mindeststandards hier nicht erreichen, bleibe hoch. Die Schwierigkeiten ließen sich nicht allein darauf zurückführen, dass Berlin als Stadtstaat mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sei, so das Forscher*innenteam.

### Zehlendorfer Kita für den Deutschen Kitapreis nominiert

Von 1.200 Bewerbungen hat es die Zehlendorfer Einrichtung unter die besten 25 geschafft. 80 Kinder bis drei Jahre werden dort betreut. In der Kita des Eigenbetriebs Südwest geben die Kinder den Rhythmus vor: Sie dürfen mitbestimmen, wann, wo und wie sie schlafen, ob sie etwas später essen, womit sie sich beschäftigen wollen, welche Blumen gepflanzt werden sollen. Ihre Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt, die Erzieher*innen orientieren sich daran. Die Kitaleitung hat sich mit ihrem Konzept, das auf die Partizipation der Kinder setzt, beim Deutschen Kita-Preis beworben. Anfang 2021 wird die Gewinnerin bekannt gegeben, die ein Preisgeld von 25.000 Euro erhält.

### 8.000 Studierende im Osteinsatz (1940-1943)

Vor 10 Jahren (02/2010) berichtete die *bbz* (damals noch *blz*) über den Einsatz von tausenden Studierenden bei der Assistenz der brutalen Germanisierungen im Wartheland, Danzig-Westpreußen und Ost-Oberschlesien. Inzwischen bestätigte Professor Stephan Lehnstaedt vom Touro-College die Zahlenangaben der oft auch von den Arbeitsämtern verbindlich verpflichteten Studierenden. Eine neue Publikation von Alexa Stiller, Uni Bern, soll nun Näheres erläutern. Damit kann erwartet werden, dass die seit 2003 vorsichtig diskutierte deutsch-polnische Kennzeichnung des SS-Zentralbodenamtes RKF in der Friedrichstr. 110/112 als wichtiger NS-Täterort und Ausgangspunkt für die Erfassung, Beschlagnahme und Überführung von mehr als 500.000 polnischen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben in deutsches Eigentum zwecks Vorbereitung der Deportation ihrer Bewohner*innen endlich öffentlich vorgestellt wird.

## IMPRESSUM

Die ***bbz*** ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
**Redaktion:** Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Doreen Beer, Josef Hofman, Manuel Honisch, Antje Jessa, Ralf Schiweck, Joshua Schultheis, Bertolt Prächt (Fotos), Christina Bauermeister (Mitarbeit), Doreen Stabenau (Sekretariat).
**Redaktionsanschrift:** Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
**Verlag:** GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
**Anzeigen:** bleifrei Medien + Kommunikation, info@bleifrei-berlin.de, Tel. 030/613936-30. Es gilt die Preisliste Nr. 15 vom 1.11.2018
**Satz, Layout und Konzept:** bleifrei Texte + Grafik / Brauweiler, Miller
**Druck:** Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin

ISSN 0944-3207 12/2020: 30.900

## ÜBRIGENS

Also nun ist es nach einer Corona-bedingten Verzögerung dann doch soweit. Dies ist das letzte Heft, das ich als politisch verantwortliche Redakteurin der *bbz* betreue.

Die letzten 6,5 Jahre lang durfte ich – die meiste Zeit gemeinsam mit meinem großartigen Kollegen Markus Hanisch – mit viel Freude und Engagement und natürlich der Unterstützung der wunderbaren Redaktion diese Zeitschrift immer weiterentwickeln.

Ich bin ziemlich stolz darauf, was wir in dieser Zeit alles erreicht haben, und dankbar dafür, was ich alles gelernt habe.

Ohne ein bisschen Wehmut geht es nicht, aber er hält sich in Grenzen, da ich zukünftig als ehrenamtliches Mitglied der Redaktion weiter Teil des Teams bleiben werde.

Seit vielen Monaten ist mein Vorstandskollege, Ryan Plocher, mit großem Einsatz und viel Geduld auf der Suche nach meiner Nachfolgerin. In der Oktober-Ausgabe hat er sich gemeinsam mit Nadine Wintersieg vorgestellt. Ich bin sehr froh, dass sie Lust hat und motiviert ist, den Job hier zu übernehmen, und wünsche dem Team viel Erfolg bei den Wahlen! *CMdR*

***VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER***

Die bbz veröffentlicht Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. Schreibt an *bbz@gew-berlin.de* und bringt euch ein!

***REDAKTIONSSCHLUSS***
***März 2021: 20. Januar***

Die Inhalte in der *bbz* geben die Meinungen der Autor*innen wieder, nicht die der Redaktion. Erst recht nicht sind sie als verbandsoffizielle Mitteilungen der GEW BERLIN zu verstehen. Die *bbz* sieht es als ihre Aufgabe, nicht nur Verkündungsorgan der offiziellen Beschlusslage zu sein, sondern darüber hinaus auch Raum für kontroverse Positionen zu geben, Diskussionen zu ermöglichen und so zur Meinungsbildung in der GEW beizutragen.

»Schule
sollte nicht nur ein
Ort des Lernens,
sondern auch der
Begegnung,
der Freundschaft und
der Solidarität
sein.«

# Schulsozialarbeit macht stark

**Sozialarbeiter*innen vervollständigen das Bildungsangebot der Schule und sind längst unverzichtbar geworden. Nicht nur an den Schulen, auch in unserer Gewerkschaft spielen sie eine wichtige Rolle**

*von Doreen Siebernik*

Die Corona-Krise führt uns erneut vor Augen, was die großen Herausforderungen von Schule als Bildungseinrichtung aber auch als Ort der sozialen Entwicklung der Schüler*innen sind. Schule soll in erster Linie da sein, um den Schüler*innen Wissen zu vermitteln. Doch ebenso bedeutend ist das soziale Miteinander, das soziale Lernen. In der Zeit des Lockdowns im Frühjahr haben Kinder und Familien gespürt, wie wichtig nicht nur das Lernen im Unterricht ist. Mindestens ebenso bedeutsam ist Schule als Ort der Begegnung miteinander, der Freundschaft und der Solidarität.

Bildungsangebote in der Schule dürfen sich nicht auf die Wissensvermittlung von Fakten und fachlichen Fähigkeiten beschränken, sie müssen auch die Sozial- und Lernkompetenzen aller Schüler*innen stärken. Zuweilen kann die Lern- und Leistungsbereitschaft von Schüler*innen beeinträchtigt sein, weil das Klima in der Klasse schlecht ist, Schüler*innen gemobbt werden, Liebeskummer haben oder Probleme in der Familie drücken. Ebenso wichtig ist es, soziale Unterschiede zu kennen und diesen aktiv zu begegnen. Hier ist ein Wirken aus der Schule heraus hinein in die Familien, Kieze und Stadtteile unabdingbar. Lehrkräfte allein haben es schwer, all dem gerecht zu werden. Denn das enge Korsett von Rahmenlehrplan und Leistungsbeurteilung lässt wenig Raum und Zeit, um den sozialen und individuellen Problemen der Schüler*innen umfassend zu begegnen und als Ansprechpartner*in zur Verfügung zu stehen. Das Problem verschärft sich enorm durch den massiven Personalmangel in unseren Schulen.

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

»An Berliner Schulen sind etwas mehr als 500 Schulsozialarbeiter*innen tätig. Beschäftigt sind sie bei über 80 Trägern.«

*In der Fachgruppe Schulsozialarbeit organisieren sich Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen in der GEW BERLIN. Die Fachgruppe trifft sich regelmäßig im GEW-Haus in der Ahornstraße oder online. Aktuelle Infos und Termine: www.gew-berlin.de/fachgruppen/fachgruppe-schulsozialarbeit*

## Schulsozialarbeit unterstützt erfolgreiches Lernen

Schulsozialarbeiter*innen professionalisieren eine Komponente der Schule, die viel mehr als bisher als Ressource für ein erfolgreiches Lernen und eine gelingende Entwicklung der Schüler*innen verstanden werden muss. Sie sind neutrale Vertrauenspersonen und Expert*innen für soziale Lebenszusammenhänge. Gut vernetzt mit Lehrkräften und Erzieher*innen wirken Schulsozialarbeiter*innen im schulischen Alltag und können durch den täglichen Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen wertvolle Unterstützer*innen im Prozess des Erwachsenwerdens sein. Diesen verlässlichen Rahmen braucht erfolgreiche Schulsozialarbeit. Starke multiprofessionelle Teams in guter Zusammenarbeit für die Schüler*innen erleben wir jedoch im schulischen Alltag zu wenig.

Schulsozialarbeit ist bisher kein selbstverständlicher Bestandteil unserer Schulen. Sie ist zumeist durch zeitlich begrenzte Projekte finanziert und an freie Träger der Jugendhilfe übertragen. Das hat oftmals befristete Arbeitsverträge sowie Teilzeitstellen zur Folge. Dazu kommt, dass der Arbeitgeber eben nicht die Schule beziehungsweise das Land Berlin ist. Das kann eine »Gastrolle« der Schulsozialarbeiter*innen in Schulen verstärken. Darüber hinaus stellen wir leider immer noch fest, dass die Beschäftigten in freier Trägerschaft im Durchschnitt weit von tariflichen Standards entfernt sind. 15 bis 20 Prozent Lohneinbußen gegenüber dem Tarifvertrag der Länder sind keine Seltenheit, gewählte Beschäftigtenvertretungen sind oft nicht existent, auch eine betriebliche Altersvorsorge gibt es nur selten.

Natürlich könnten die Träger mit den Gewerkschaften einen eigenen Tarifvertrag abschließen. Unsere Forderung nach »Tariflohn für alle« steht seit Jahren. Jedoch führt die Zersplitterung in die breite Trägerlandschaft in der freien Jugendhilfe zu einer Vereinzelung der Beschäftigten. Hier ist ein gewerkschaftlicher Austausch und eine gewerkschaftliche Organisation schwer. Deswegen sehen wir das Land Berlin in der Pflicht, durch eine entsprechende öffentliche Finanzierung wenigstens zu gewährleisten, dass ein tarifliches Entgelt auf dem Niveau des TV-L gezahlt werden kann und muss.

## Die GEW ist mehr als die »Lehrer*innengewerkschaft«

In der GEW organisieren wir die Pädagog*innen aller Bildungsbereiche, und da gehören die Schulsozialarbeiter*innen dazu. Sie sind ein wichtiger Teil unserer Gewerkschaft. Längst sind 30 Prozent unserer Mitglieder sozialpädagogische Fachkräfte. Wir waren einmal eine Lehrer*innenvereinigung, heute sind wir die Bildungsgewerkschaft mit mehr als 30.000 Mitgliedern allein in Berlin. Die GEW BERLIN bietet lebendige Strukturen zur Vernetzung. Die Fachgruppe Schulsozialarbeit ist eine starke Gruppe in der GEW.

Liebe Kolleg*innen in der Schulsozialarbeit, meldet euch, vernetzt euch, werdet aktiv. Das macht euch stark, macht uns stark!

*Doreen Siebernik,*
*Vorsitzende der GEW BERLIN*

# Eine unverzichtbare Ressource

**Das Landesprogramm »Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen« bietet verlässliche Strukturen und wird auf 600 Schulen ausgebaut**

*von Marina Koch-Wohsmann und Sarah Heep*

Die Schulsozialpädagog*innen sind in der pandemiebedingten Ausnahmesituation eine fachkompetente und wertvolle Unterstützung und tragen wesentlich dazu bei, dass die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien am Lern- und Lebensort Schule teilhaben und eine vielfältige Bildung erfahren können. Sie kümmern sich um individuelle Problemlagen, besuchen Familien und treffen Jugendliche bei Kiezspaziergängen und führen on- oder offline Klassenräte weiter. Außerdem vermitteln die Schulsozialarbeiter*innen an das Jugendamt oder andere Fachstellen und stimmen ihre Aufgaben mit der Schulleitung und den Lehrkräften ab.

Die Jugendhilfe unterstützt als starke und vielseitige Partnerin die Schulen bei den täglichen Herausforderungen. Unbefristete Kooperationsverträge sichern dabei die kontinuierliche Zusammenarbeit unter festgelegten Rahmenbedingungen. Es werden für die Jugendsozialarbeit regelhaft ein Arbeitsplatz und ein Ort für vertrauliche Gespräche bereitgestellt, das Fachkräftegebot eingehalten, die Unfallversicherung und das Verhalten im Fall einer Kindeswohlgefährdung sowie datenschutzrechtliche Aspekte festgelegt. Die Rahmenrichtlinien der Senatsverwaltung für das Programm, beispielsweise auch die Programmziele und die Maßgabe zur Verteilung neuer Stellen, werden im Beirat und in der senatsinternen Steuerungsgruppe diskutiert.

## Ein klarer Rahmen mit ausreichend Flexibilität

Das Programm »Jugendsozialarbeit an Schulen« setzt dabei einen klaren Rahmen für die Umsetzung vor Ort und lässt ausreichend inhaltliche Flexibilität zu, um den vielfältigen Bedarfslagen der Kinder und Jugendlichen entsprechen zu können. Die Schule und der Träger der freien Jugendhilfe entscheiden bedarfsorientiert und gemeinsam über die konkrete inhaltliche Ausrichtung der Jugendsozialarbeit am Standort. Soziales Lernen mit den Schulanfänger*innen, individuelle Elternberatung, Patenschaften mit Geflüchteten oder Mitwirkung in Unterrichtsprojekten zu Cybermobbing sind nur einige der vielfältigen Aufgaben. Dafür werden jährlich Zielvereinbarungen abgeschlossen, die in einem Auswertungsgespräch mit allen Beteiligten reflektiert und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus finden regelmäßig Gespräche mit der Schulleitung statt und die Jugendsozialarbeit berichtet zu ihren Aufgaben in den Schulgremien. Die Programmagentur der Stiftung SPI des Sozialpädagogischen Institutes Berlin »Walter May« ist im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie seit 2006 die Mittlerin zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen. Sie organisiert die Weiterleitung der Mittel und berät die Träger und Fachkräfte fachlich insbesondere beim Start neuer Projekte oder in eventuell auftretenden Konfliktfällen.

Von Anfang an findet die Kooperation im Schulalltag durch feste Tandems und Tridems statt. Die sozialpädagogischen Fachkräfte arbeiten mit Tandem-Lehrkräften im Tandem und an Grundschulen zusätzlich mit Tridem-Erzieher*innen im Tridem eng zusammen. Sie setzen gemeinsame Projekte um, arbeiten fallbezogen zusammen oder entwickeln Handlungsabläufe beispielsweise zur Gewaltprävention weiter. Die Träger der freien Jugendhilfe sind mit einer koordinierenden Person regelmäßig beratend an der Schule und die Fachkräfte haben den fachlichen Rückhalt in den Teams ihrer Träger. Die Sozialpädagog*innen können Supervision wahrnehmen, bei Bedarf auch gemeinsam im Tandem oder Tridem. Um die fachliche Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zu stärken und ein gemeinsames Bildungsverständnis zu fördern, finden regelmäßige und verbindliche Fortbildungen für die Tandems und Tridems statt. Bei der Auswahl der Themen werden aktuelle bildungspolitische Inhalte und die Bedarfe der Teilnehmenden gleichermaßen berücksichtigt. Zuletzt fanden beispielsweise Veranstaltungen zum Umgang mit Mobbing, Diskriminierung oder Rassismus an Schulen und zu speziellen Beratungsmethoden statt. Organisiert wird die programminterne Fortbildung vom Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der Regionalen Fortbildung Berlin.

**»Schulsozialarbeiter*innen arbeiten mit Lehrkräften und Erzieher*innen eng zusammen.«**

*Die Standorte, vielfältige Praxis-Beispiele, die Richtlinien sowie eine Zusammenfassung der Evaluation des Programmes durch die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg finden Sie unter www.spi-programmagentur.de.*

*Marina Koch-Wohsmann, Schulrätin und Fachreferentin für das Landesprogramm »Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen« / Sarah Heep, Teamleitung der Programmagentur Stiftung SPI*

FOTOS: BERTOLT PRÄCHT

# Einstieg mit Hindernissen

**Verena Krajewski berichtet von ihren Erfahrungen, Schulsozialarbeit an einer Kreuzberger Grundschule aufzubauen**

*von Verena Krajewski*

»Kein WLAN und kein Büro.«

Wie ist denn hier das WLAN-Passwort?«, fragt mein Kollege Matthijs. »Hier gibt's kein WLAN«, antworte ich. Er sieht mich ungläubig an. »Willkommen im Berliner Schulsystem«, sage ich grinsend, denn mein Kollege kommt aus den Niederlanden. Er lebt zwar schon einige Jahre hier, die Welt der Berliner Schulen ist für ihn jedoch Neuland.

Es gibt also kein WLAN. Es gibt auch keinen Raum für uns, kein Büro. Noch nicht. Was es gibt, sind zwei motivierte Sozialarbeiter*innen, ein engagiertes Kollegium, das uns offen und herzlich empfängt und eine Schulleiterin, die zwischen gefühlt stündlichen Corona-Updates und dem üblichen täglichen Schulalltagswahn jonglieren muss. Nebenbei gibt sie ihr Bestes, dass wir bald einen eigenen Arbeitsplatz bekommen.

## Auf einmal ging es ganz schnell

Die Clara-Grunwald-Grundschule gehört zu den Schulen, die erfreulicherweise zum 1. August 2020 in das Landesprogramm »Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen« aufgenommen wurden. Hierfür hat die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Soziales und Familie die Finanzierung von 100 neuen Stellen bewilligt. Den Zuschlag für die Schule bekam das Evangelische Johannesstift Berlin, unser Arbeitgeber. Es setzt bereits die Schulsozialarbeit an den beiden benachbarten Grundschulen um und ist außerdem der Träger der Ergänzenden Förderung und Betreuung (Hort) »Bunte Wille«, der an die Schule angegliedert ist. Die Schulleiterin hatte sich schon lange Schulsozialarbeit gewünscht, da sie bereits gute Erfahrungen an ihrer ehemaligen Schule gemacht hatte. Ihrem Anliegen konnte jedoch bisher nicht gefolgt werden, weil die Clara-Grunwald-Grundschule strukturell die entsprechenden Kriterien nicht erfüllte. Nun ging es auf einmal aufgrund des Senatsbeschlusses ganz schnell und für alle Beteiligten sehr plötzlich. Die Bewerbungsgespräche fanden am Ende der Sommerferien statt. Eine volle Stelle wurde bewilligt und in zwei halbe geteilt, weil sich die Schule ein möglichst geschlechtergemischtes Team gewünscht hat. Nun stehen wir also hier, im Lehrer*innenzimmer: mein Kollege und ich. Die tatkräftige Hausmeisterin hat uns immerhin gleich ein eigenes Fach eingerichtet.

Die Schule leidet, wie fast alle Grundschulen in Berlin, nicht nur an einem Mangel männlicher Fachkräfte, sondern auch unter extremer Raumknappheit. Kein Wunder also, dass so kurzfristig keiner für uns zur Verfügung stehen kann. Ein eigener Raum ist aber Grundvoraussetzung für unsere Arbeit. Es wird also hin- und her überlegt, verschiedene Möglichkeiten abgewogen. Dann fällt die Entscheidung, dass die Früh- und Spätbetreuung aus ihrem Raum ins Hortgebäude umziehen muss. Das stößt bei den Mitarbeiter*innen des Hortes verständlicher Weise auf wenig Begeisterung, denn auch dort herrschen beengte Verhältnisse.

Bis der Umzug stattfinden kann, muss aber noch einiges organisiert werden. So lange teilen wir uns diesen Raum mit dem Hort, stundenweise, und sind ansonsten Nomaden. Wenn wir einen Computer und das Internet brauchen, sitzen wir entweder im ebenfalls beengten Lehrer*innenzimmer oder im Kopierraum. Unsere Leiterin betreut uns vom Hauptsitz des Johannesstiftes in Spandau aus, kommt aber regelmäßig in die Schule, dann suchen wir uns einen Platz für die Dienstbesprechung.

## Erstes Ziel: Mit der Schule vertraut machen

Matthijs und ich sind neu in diesem Berufsfeld. Ich kenne immerhin die Schule, da ich hier früher als Tanzpädagogin und Choreografin Projekte mit Schulklassen durchgeführt habe. Wir betreten also gemeinsam neues Terrain. Für das Kollegium ist die Situation genauso neu und unbekannt wie für uns. Für so manchen wäre das nichts, der Sprung ins kalte Wasser. Wir sehen hierin jedoch gerade das Potenzial und den Vorteil, dass wir etwas neu gestalten und konzipieren können und sollen.

Grundsätzlich sind die drei Säulen der Schulsozialarbeit: Vernetzung intern und extern, Prävention und Krisenintervention. Diese Säulen geben ein grobes Gerüst vor. Wie es aber konkret bebaut wird, hängt vom jeweiligen Standort ab, denn jede Schule ist anders. Dafür werden zwischen Schulsozialarbeit und den Schulen zielgruppen- und bedarfsgerecht

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Ziele und Aufgaben aus unserer Stellenbeschreibung lauten: Sozialpädagogische Hilfestellung und Angebote für Schüler*innen zur Überwindung sozialer Benachteiligung und individueller Beeinträchtigung; Koordination der Schnittstelle Familie – Schule – Jugendhilfe und Einzel- und Gruppenangebote für Schüler*innen. Die Programmagentur der Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«) begleitet das Programm fachlich und inhaltlich und verwaltet den Einsatz der Fördermittel. Laut Vereinbarung zwischen SPI und Johannesstift ist das erste Entwicklungsziel, uns mit der Schule vertraut zu machen, die Bedarfe zu ermitteln und daraus ein Konzept für die Schule zu erarbeiten. Auch soll sichergestellt werden, dass alle Pädagog*innen, Eltern und Kinder unser Angebot kennen.

Wir beginnen damit, in anderen Schulen im Umkreis zu hospitieren, an denen Schulsozialarbeit bereits etabliert ist. Die Kolleg*innen stellen uns bereitwillig und großzügig ihre Arbeit vor und der Grundstein für zukünftigen Austausch und eventuelle Kooperationen wird gelegt. Zudem nehmen wir an Teamsitzungen der Lehrkräfte teil und bitten sie, uns ihre Wünsche, Bedarfe und Anregungen mitzuteilen. Beispielsweise berichten zwei Lehrer*innen, dass es beim Fußballspiel in den Hofpausen regelmäßig zu heftigen Konflikten kommt, die in den Unterricht getragen werden. Sie wünschen sich diesbezüglich Betreuung und Regeltraining. Es fallen weitere Stichworte wie Elternsprechstunde und Vernetzung mit Freizeitangeboten aus dem Kiez.

Matthijs und ich wollen durch aktive Präsenz möglichst viel Kontakt und schnell Zugang zu den Kindern bekommen. Wir erstellen also einen Pausenplan, den wir für alle groß und bunt sichtbar im Flur des Erdgeschosses aufhängen. Darauf wird jede Woche ein abwechselndes Sport- und Spielangebot für die Hofpausen angezeigt, wie zum Beispiel Montag Fußball, Dienstag Basketball, Tischtennis. Es wird von den Kindern gut angenommen.

**Wir bieten Unterstützung für Kinder, Eltern und Pädagog*innen**

Relativ schnell werden wir von Lehrer*innen akut zu Kriseninterventionen gerufen. Es gibt Konflikte zwischen Kindern verschiedener Klassen, Verdacht auf Mobbing und Ähnliches.

Wir erstellen ein erstes Konzept zum Thema Soziales Lernen und Sozialverhalten. In zwei klassenübergreifenden Gruppen lernen jeweils sechs Kinder auf spielerische Art zu kooperieren, respektvoll zu kommunizieren und sich an Regeln für ein angenehmes Miteinander zu halten.

Auch Sitzungen mit dem Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentrum (SIBUZ) sind Teil unseres Aufgabenbereiches, bei denen die Unterstützung der Kinder mit Förderbedarf und Integrationsstatus besprochen werden. Wir nehmen außerdem an unserer ersten Schulhilfekonferenz teil. Es geht um ein Kind, das aus einem Schulersatzprojekt zurück in seine Stammschule reintegriert werden soll, und darum, welche Schritte der Unterstützung für Kind und Eltern notwendig sind.

Sowohl die Schulleiterin als auch unser Träger bieten uns die Möglichkeit, an Fortbildungen teilzunehmen. Das Angebot ist vielfältig: Anti-Mobbing-Programme, Gewaltprävention, Mediation und visuelle Kommunikation. Nachdem wir inzwischen den eigenen Raum beziehen konnten, werden wir unser Konzept ausarbeiten, uns bei Elternabenden vorstellen und Sprechstunden für Kinder, Pädagog*innen und Eltern einrichten. Es gibt viel zu tun und wir freuen uns, durchzustarten.

»Unsere Aufgaben sind Vernetzung, Prävention und Krisenintervention.«

*Verena Krajewski, Schulsozialarbeiterin an der Clara-Grunwald-Grundschule*

# Ein wertvoller Baustein in der Bildungslandschaft

**Die Kolleg*innen der Wedding-Grundschule arbeiten mit dem Konzept der »Neuen Autorität«, welches professionelle Präsenz und deeskalative Beziehungsarbeit in den Vordergrund stellt**

*vom Team der Schulsozialarbeit an der Wedding-Grundschule*

Schulsozialarbeit ist an der Wedding-Grundschule strukturell und konzeptionell im Schulprogramm fest verankert. Die Rahmenbedingungen sind dementsprechend sehr gut: Im Team arbeiten fünf Kolleg*innen in engem Austausch mit Schulleitung, Lehrkräften, Erzieher*innen, einem Psychologen und anderen pädagogischen Fachkräften. Kooperation wird dabei als Arbeiten auf Augenhöhe und mit gegenseitiger Wertschätzung für die jeweilige Profession gelebt. Nach dem Motto eines alten Sprichwortes, »Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen«, begleiten die Schulsozialarbeiter*innen die Schüler*innen, in dem sie in einem Beratungsnetzwerk den individuellen, systemischen und ganzheitlichen Unterstützungsbedarf erkennen, koordinieren und entsprechende Angebote entwickeln.

## Sich wertschätzend miteinander auseinandersetzen

Initiiert hat den Prozess die damalige Schulleiterin Angelika Suhr mit der Schulsozialarbeit durch Unterstützung von Martin Lemme vom Systemischen Institut für Neue Autorität (SyNA). Die Neue Autorität ist als Haltungs- und Handlungskonzept zu verstehen, welches durch Transparenz und die Bereitschaft, sich wertschätzend auseinanderzusetzen, eine tragfähige Beziehung zwischen Erwachsenen und Kindern schafft. Ursprünglich ist es von Haim Omer in der Arbeit mit Familien entwickelt worden, in denen die Eltern ihre Präsenz verloren haben und es immer wieder in konfliktträchtigen Situationen zu hoch eskalierten Momenten gekommen war. Seit einigen Jahren wird es auch in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und in Schulen implementiert.

Grundsätzlich setzt das Programm bei den Erwachsenen an. Sie sollen in der Handlung bleiben, in der Präsenz, in der wertschätzenden Kommunikation. Ziel ist die Sicherung der Beziehung zu den Kindern und Jugendlichen. Anhand eines transparenten und gewaltlosen Vorgehens und der Nutzung eines Unterstützer*innennetzwerkes lernen die Pädagog*innen entstandene Eskalationsprozesse zu erkennen, aus diesen auszusteigen und deeskalierend und beziehungsfördernd zu agieren. Somit entwickeln sie neue Möglichkeiten einer tragfähigen Beziehung und Bindung. Wichtig ist dabei die Erkenntnis: »Ich erlebe Unterstützung als Stärke in würdevoller Begegnung mit den Kindern.«

An der Wedding-Schule kam es zu Vandalismus: Toilettenkästen waren abgetreten, es gab Schmierereien, Mensastühle wurden heruntergeschmissen. Das Schulteam hat daraufhin eine so genannte »Schul-Ankündigung« geschrieben und in den Klassen vorgetragen. In dieser Ankündigung stand unter anderem: »Unser Schulgebäude ist uns wichtig. Wir haben dies und jenes beobachtet und wir tolerieren das nicht. Wir werden noch aufmerksamer sein und uns austauschen.« In der Ankündigung stand nicht, was von den Kindern erwartet wurde, sondern nur, was das Team tun würde. Da, wo der Kontakt zu den Lehrkräften und Erzieher*innen gut war, haben sich die Kinder geöffnet. Sie machten darauf aufmerksam, dass da ein Wasserhahn läuft oder in der Toilette nicht gespült wurde. Die Fürsorgepflicht der Erwachsenen führte zu einer Art Selbstfürsorge, so dass die Kinder, ohne dass von ihnen etwas erwartet wurde, vertrauensvoll in den Kontakt getreten sind. Der Vandalismus reduzierte sich fast auf Null.

## Schule als Dorf

Um das Konzept Neue Autorität nachhaltig zu implementieren, um den Ort »Schule als Dorf« zu etablieren, braucht es strukturelle Vernetzungsmöglichkeiten in der Schule und mit den Kooperationspartner*innen. An der Wedding-Grundschule wurden diese durch Studientage, gemeinsame Schulungen, einen bundesweiten Fachtag zum Thema »Neue Autorität in Schule, Jugendhilfe und Gemeinde« und ein internationales Netzwerktreffen geschaffen. ■

*Mehr unter www.neueautoritaet.de*

*Team der Schulsozialarbeit der tandem BTL gGmbH an der Wedding-Grundschule*

FOTOS: BERTOLT PRÄCHT

# Eine Gruppe in Randlage

**Schulsozialarbeiter*innen bilden oft eine kleine Berufsgruppe innerhalb großer Träger. Stephan Schillhaneck-Demke ist Betriebsratsmitglied eines berlinweit agierenden freien Trägers der Jugendhilfe. Er gibt uns einen Einblick in seine Arbeit**

*Das Interview führte Antje Jessa*

*Euer Büro liegt recht idyllisch, am Rand von Berlin.*

***Schillhaneck-Demke:*** Ja, allerdings ist die Lage aus Sicht des Betriebsrates eher ungünstig, da wir viel zu weit weg von den Mitarbeiter*innen verortet sind.

*Auf welchen Wegen erreicht ihr eure Mitarbeiter*innen, wenn ihr selbst eher abseits sitzt?*

***Schillhaneck-Demke:*** Wir haben Sprechzeiten eingerichtet und sind per Mail und Telefon erreichbar. Monatlich geben wir einen schriftlichen Bericht über unsere Arbeit des letzten Monats per E-Mail an die Belegschaft heraus. Auch hatten wir vor der Pandemie mit Betriebsbegehungen begonnen und unser Format Betriebsrats-Stammtisch läuft ja schon länger, jetzt auch digital, genau wie die anstehende Teilbetriebsversammlung.

*Neben Erzieher*innen und Schulhelfer*innen vertretet ihr die Schulsozialarbeiter*innen in eurem freien Träger. Welchen Anteil haben sie in der Belegschaft und wie werden sie eingesetzt?*

***Schillhaneck-Demke:*** Sie machen ungefähr 180 bis 190 von circa 1.200 Mitarbeiter*innen aus und sind in verschiedenen Schultypen von der Grundschule über Förderzentren bis hin zum Gymnasium, in Schulstationen und Jugendfreizeiteinrichtungen in ganz Berlin vertreten. Die Anzahl der Schulsozialarbeiter*innen pro Standort hängt zum einem von der Größe der Schule ab und zum anderen davon, wie die Stellen ausgeschrieben sind. Die Kolleg*innen arbeiten zum Teil in Vollzeit oder mit weniger Stunden, oft solo aber auch in kleinen Teams. Bei Bedarf kann auch ein freier Träger nachsteuern und

**»Die Tätigkeit als Schulsozialarbeiter*in erfordert viel Eigenständigkeit und Netzwerkarbeit.«**

»Wir unterstützen bei Fragen rund um Dienstpläne, Urlaubszeiten, Datenschutz, Eingruppierung und Gehalt.«

gegebenenfalls mehr Stunden an die Schulen geben.

*Gibt es strukturelle Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit den Schulen?*

***Schillhaneck-Demke:*** Wenn die ergänzenden Betreuungen nicht vom gleichen Träger betreut werden, sind Schulsozialarbeiter*innen oft in der Situation, als Einzelkämpfer*innen zu agieren. Das erfordert in dieser Tätigkeit viel Eigenständigkeit und Netzwerkarbeit. Je nach Standort sind die Kolleg*innen im Schulleben integriert, sind in Gremien vertreten und kooperieren mit den Lehrkräften und Schulleitungen, Kooperationspartnern, Ämtern und Eltern. Das ist jedoch sicher nach Standort sehr unterschiedlich.

*Mit welchen Anliegen wenden sich die Schulsozialarbeiter*innen an euch?*

***Schillhaneck-Demke:*** Grundsätzlich nahmen und nehmen unsere Kolleg*innen ihr Recht, uns als Arbeitnehmer*innenvertretung zu kontaktieren, aktiv wahr und sind wertschätzende aber auch kritische Begleiter*innen unseres Wirkens. Wir unterstützen die Kolleg*innen bei Fragen rund um Dienstpläne, Urlaubszeiten, dem betrieblichen Datenschutz bis hin zu Eingruppierung und Gehalt. Da konnten wir in den letzten drei Jahren einiges anschieben und auf den Weg bringen. Das war da und dort ein dickes Brett. Aber niemand hat behauptet, dass es immer leicht wäre, in der heutigen Arbeitswelt betriebliche Interessenvertreter*in zu sein.

*Du hast erwähnt, dass die Gruppe der Schulsozialarbeiter*innen einen recht kleinen Teil der Mitarbeiter*innen ausmacht. Hat das einen Einfluss auf eure Betriebsratsarbeit?*

***Schillhaneck-Demke:*** In der Tat sind die Belange der Schulsozialarbeiter*innen auch bei uns etwas in den Hintergrund geraten, da der Betriebsrat in den letzten zwei Jahren ganz andere Baustellen und Stolpersteine bearbeiten musste. Es ist auch schade, dass es zurzeit kein Betriebsratsmitglied gibt, welches dieser Mitarbeiter*innengruppe angehört. Wir hoffen, dass sich zu den anstehenden Neuwahlen Kolleg*innen aus dieser Gruppe als Kanditat*innen aufstellen lassen. Somit würde der neue Betriebsrat einen direkteren, also besseren Einblick in die Arbeitswelt der Schulsozialarbeiter*innen bekommen und könnte so gegebenenfalls deren Situation gezielter auffangen. Generell ist bei einem so großen Träger, der auf über 100 Standorte verteilt ist, ein guter Informationsfluss und Transparenz zu den Mitarbeiter*innen eine enorme Herausforderung, genauso wie für die betriebliche Interessenvertretung. Wir wissen darum und wissen auch, dass da noch Luft nach oben für uns ist. ■

FOTOS: BERTOLT PRÄCHT

**SCHULVORSTELLUNGEN SIND MÖGLICH.**

Bitte wenden Sie sich an schulvorstellungen@constantin.film oder direkt an Ihr Wunschkino.
Begleitmaterial zum Film stellen wir kostenlos auf Ihrer GEW-Website zur Verfügung.

# Eine wie keine

**Caroline Muñoz del Rio hat nicht noch einmal als leitende Redakteurin der *bbz* kandidiert. Die Redaktion ist darüber sehr traurig und dankt Caro für ihre tolle Arbeit**

*von Tom Erdmann und Markus Hanisch*

Diese *bbz*-Ausgabe ist die letzte, die Caro als leitende Redakteurin verantwortet. Für uns und die gesamte Redaktion war Caros Entscheidung, nach sechs Jahren ihren Posten aufzugeben, hart. Immer wieder haben wir versucht, sie für eine erneute Kandidatur zu gewinnen, doch da war leider nichts zu machen. Mehr Zeit für Freund*innen und ihre Familie, endlich Gelegenheit zum Singen, mehr Energie für die Schule und weniger Zerrissenheit zwischen ihren zwischenzeitlich drei Jobs (!) und ihrem Privatleben hat sich Caro gewünscht. Wer will ihr das ausreden!

Bleibt uns, Danke zu sagen! Nachdem die ehrenamtliche Leitung der *bbz* über Jahre unbesetzt geblieben war, hat Caro seit 2014 ganz viel frischen Wind in unsere Landeszeitung gebracht. Und das, ohne die alten Hasen in der Redaktion vor den Kopf zu stoßen. Caro ist es immer gelungen, alle mitzunehmen und eine Atmosphäre in der Redaktion zu schaffen, in der sich Neue wie Alte wohlfühlen und wir uns kontinuierlich weiterentwickeln.

Die *bbz* hat sich in den sechs Jahren unter Caros Leitung sichtlich gewandelt und ist noch besser geworden: Aus der »Berliner Lehrerzeitung« wurde die »Berliner Bildungszeitschrift«. Caros Credo war es, unsere Zeitung so zu machen, dass alle Mitglieder sich in den Beiträgen wiederfinden und die *bbz* gerne lesen. Viel Zeit hat sie investiert, um neue Autor*innen zu gewinnen und mehr Beiträge unterrepräsentierter Mitgliedergruppen ins Heft zu heben, um bunter und positiver zu werden, nicht nur in der Gestaltung, sondern auch inhaltlich.

## Immer positiv und inklusiv!

Caro steht für eine wertschätzende, aber auch ehrliche Kommunikation und Haltung – das gilt für die Redaktion wie auch für ihre Arbeit im Geschäftsführenden Landesvorstand. Die Verbesserung der Kommunikation mit unseren ehrenamtlichen Autor*innen war eines ihrer ersten Anliegen in der *bbz*. Seitdem erhält jede*r eine Rückmeldung und eine Begründung, wenn ein eingesendeter Artikel nicht ausgewählt oder verändert wird. Diese Wertschätzung war Caro immer wichtig, denn hinter jedem eingesendeten Artikel steht gewerkschaftliches Ehrenamt.

Aber auch die Etablierung von Regeln kam nicht zu kurz. In der Redaktion haben wir uns immer gemeinsam und demokratisch auf unsere Standards geeinigt. Wir haben viel diskutiert und auch gestritten über Stilrichtlinien, an die wir uns alle halten. Wir haben Merkblätter geschrieben und immer und immer wieder aktualisiert: Hinweise für Autor*innen, Richtlinien für die Titelplanung, die Aufgaben eines Redaktionsmitglieds und die Abläufe unserer Sitzungen. Man kann sagen, wir sind inzwischen sehr gut durchorganisiert und ziemlich effizient. Über nichts haben wir so intensiv gesprochen wie die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache in der *bbz* – Caros Steckenpferd!

Im Geschäftsführenden Landesvorstand stritt Caro, selbst teilzeitalleinerziehende Mutter, für Bedingungen, die die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem GEW-Engagement, Erwerbsarbeit und Familie ermöglichen. Sie hat damit den Grundstein für die Ansprache von aktiven Kolleg*innen für die weitere GEW-Arbeit gelegt. Caro scheute keine Konflikte, versuchte aber immer die Position des Gegenübers zu verstehen. Damit war sie ein Ruhepol im Geschäftsführenden Landesvorstand.

Unsere Sitzungen des Landesvorstandes waren bis vor zwei Jahren oft langwierig und für neu gewählte Kolleg*innen mitunter abschreckend. Gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe erarbeitete Caro Regeln, wie wir uns wertschätzender begegnen können. Diese halten bis heute an. Auch mit ihrer Redeleitung im Landesvorstand hat sie sich allseits großen Respekt erworben. Zuletzt hat Caro sich intensiv mit dem Thema Rassismus befasst und auch hier wertvolle Impulse in der GEW gesetzt. Danke auch dafür!

Glücklicherweise bleibt Caro der *bbz*-Redaktion als Mitglied erhalten. Auch im Vorstand der Abteilung Berufsbildende Schulen ist sie weiter für die GEW BERLIN aktiv. – Gracias por tu trabajo. Te extrañaremos.

*Tom Erdmann, Vorsitzender,*
*Markus Hanisch, Geschäftsführer der GEW BERLIN*

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Die EXTRA-SEITEN der *bbz*

# Ein Kampf gegen Windmühlen

**Manfred Triebe ist in Sachen Arbeitsschutz und Arbeitslehre unterwegs**

*Das Gespräch führten Dieter Haase und Klaus Will*

*Manfred, die gegenwärtige Diskussion um die Lüftung von Klassenzimmern muss dir sehr bekannt vorgekommen sein: Ich habe hier einen blz-Artikel von dir vom Januar 2005, wo du über eine Untersuchung berichtest, bei der man Klassenräume mit erschreckend schlechten Luftverhältnissen gefunden hat.*

***Triebe:*** Damals kam als Reaktion lediglich ein ominöses Rundschreiben, mit dem die Schulen aufgefordert wurden, doch endlich mal die Klassenräume zu lüften. Die Anordnungen waren allerdings so lächerlich, dass das Rundschreiben mehr Spott als Berücksichtigung fand. Statt vernünftige Strukturen zu schaffen, indem man beispielsweise mit den Kollegien ein Lüftungskonzept abspricht, wie und in welchen Zeiträumen gelüftet werden soll, wurde nur heiße Luft abgelassen.

Notarztteam gegen Überarbeitung: Dieter Haase und Marion Leibnitz versuchen Manfred Triebe wieder fit zu machen. Aktion vor dem Landesschulamt Oktober 2000 gegen den Versuch, die örtlichen Personalräte abzuschaffen. FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ

*Geändert hat sich also nichts?*

***Triebe:*** Genau. Jetzt wird zwar wegen Corona über die Anschaffung von CO2-Meldern geredet, aber einerseits soll nicht jeder Klassenraum damit bestückt werden, sondern die sollen rumgereicht werden. Andererseits fragt sich, ob nicht in der Corona-Situation der Einbau von Filtern sinnvoller und effektiver wäre. Aber das ist wiederum sehr viel teurer. Ohnehin ist es ein bisschen ähnlich wie damals mit dem Rundschreiben, da wird Aktivität vorgetäuscht, ohne tatsächlich auch mal ein bisschen Geld in die Hand zu nehmen. Bis heute gibt es ja noch nicht einmal ein allgemeines und anerkanntes Lüftungskonzept. Da macht jede und jeder, was einem gerade einfällt. Wenn sich überhaupt die Fenster öffnen lassen, was ja auch nicht überall der Fall ist.

*Man sieht, obwohl du schon einige Zeit pensioniert bist, bist du immer noch voll engagiert. Dein Schwerpunkt bei der Personalratsarbeit war der Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wie siehst du da die Entwicklung?*

***Triebe:*** Ich habe den Eindruck, dass sich alles eher rückentwickelt hat. Dass es zum Beispiel kaum noch vernünftige Gefährdungsbeurteilungen gibt, man die Kolleg*innen also mehr oder weniger sich selbst überlässt, statt vorbeugende Maßnahmen einzuleiten. Dieter, du hast ja selbst gesagt, dass die Schulleitungen gerade in Corona-Zeiten mit den Gefährdungsanalysen neben den vielen weiteren Anforderungen völlig überfordert sind, und deswegen auch nichts passiert. Da wird einfach eine Checkliste rumgeschickt, die als Grundlage für die Gefährdungsbeurteilung dienen soll. Gefährdungen im psychischen Bereich (Lärm, Umgang mit schwierigen Schüler*innen, große Klassen) kann man aber nicht mit Checklisten erfassen. Hier wurden im günstigsten Falle Gefahren benannt, aber keine Maßnahmen dagegen.

*Wie hat die GEW darauf reagiert?*

***Triebe:*** Die letzte Presseerklärung der Berliner GEW zu diesem Thema hat die kritischen Punkte alle gut benannt. Und das, obwohl das Thema in der GEW wegen personeller Schwierigkeiten in letzter Zeit stark vernachlässigt wird. Übrigens stärker noch auf der Bundesebene, wo es keine Gruppe mehr für diesen Bereich gibt. Aber vielleicht ändert sich das ja, wo jetzt ziemlich drastisch die Bedeutung des Gesundheitsschutzes vorgeführt wird.

*Gut, die Hoffnung behalten wir und kommen zu einem anderen Schwerpunkt von dir: Arbeitslehre. Das Fach wurde ja Ende der 60er Jahre in Berlin eingeführt. Wenn ich das richtig sehe, warst du, Manfred, fast von Anfang an dabei! Erzähl mal.*

**Triebe:** Damals gab es ja im Vorfeld noch die drei Fächer Hauswirtschaft, Textiles Gestalten und Werken, die dann fusioniert wurden zum Fach Arbeitslehre. Ich bin an der Pädagogischen Hochschule (PH) ausgebildet worden und habe 1973 dort das Examen gemacht. Als ich dann an die Poelchau-Schule kam, war die in puncto Arbeitslehre eine Vorzeige-Schule. Wir hatten wirklich eine erstklassige Ausstattung mit Räumen und Geräten und sie hatten dort einen Modellversuch, wo es vier Stunden Arbeitslehre im Pflichtbereich für alle gab und außerdem voll geteilt. Wir hatten also, insbesondere im Vergleich zu heute, enorm viel Zeit für die Werkstatt-Arbeit. Also für praktische Arbeiten in der Lehrküche, für Textilarbeiten, Kunststoffbearbeitung, Siebdruck – und auch Arbeit mit dem Computer. Ja, die hatten wir damals schon!

*Das war dann aber wohl irgendwann zu Ende, dieses Paradies.*

**Triebe:** Ja, leider. Als der Modellversuch ausgelaufen war, wurden die Stunden ziemlich gekürzt. Erst auf drei und dann schließlich auf zwei Stunden und auf eine Zweidrittel-Teilung, was natürlich alles organisatorisch schwierig machte. Aber es war immer noch besser als an den Bildungszentren, die im Pflichtbereich nur theoretischen Unterricht hatten und zudem in voller Klassenstärke. Werkstattunterricht gab es nur im Wahlpflichtbereich. Für alle Schüler*innen gab es dort immerhin einen richtigen Schreibmaschinenkurs mit einem Klassensatz Schreibmaschinen, wo man lernte, mit zehn Fingern blind zu schreiben. Das fehlte bei uns.

*Wie war denn damals überhaupt das Fach Arbeitslehre in der Berliner Schule vertreten?*

**Triebe:** Sehr viel stärker! An den damaligen Hauptschulen gab es acht Stunden Arbeitslehre, davon sechs Stunden geteilt und zwei ungeteilt, später dann vier geteilte und zwei ungeteilte Stunden. In den ungeteilten Stunden wurde Berufsorientierung gemacht. An der Poelchau-Schule haben wir dagegen versucht, Berufsorientierung und Werkstattarbeit zusammen zu machen, damit man die Berufe nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch kennenlernen konnte über die Produkte, die man hergestellt hat. Und wir sind rausgegangen in Firmen, um zu sehen, wie die ihre Produkte herstellen.

**Manfred Triebe** ist Jahrgang 1942 und hat in seiner Schulzeit an der Weddinger Ranke-Schule auch Lotte Eifert kennengelernt (siehe bbz 12/2019): »Ich hatte nie Unterricht bei ihr, aber sie hat mich als Klassensprecher beeindruckt, weil wir bei ihr eine Schulordnung erarbeitet haben, bei der Schüler*innen ein echtes Mitspracherecht hatten«, erinnert er sich. Manfred ist bis heute in der Bezirksleitung der Charlottenburger GEW aktiv und war dort auch lange im Personalrat. Für die GEW BERLIN war er danach im Gesamtpersonalrat und in der AG Gesundheitsschutz. Mindestens ebenso lange ist er im Vorstand der Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin, die eine Untergliederung der bundesweit organisierten GATWU (Gesellschaft für Arbeit, Technik, Wirtschaft im Unterricht) ist. Auf Bundesebene war er in der GEW-Arbeitsgruppe Gesundheitsschutz aktiv. Seit 2008 ist er im Ruhestand.

*Und wie war das an den anderen Schulen?*

**Triebe:** Die haben stärker theoretischen Unterricht gemacht, obwohl zum Beispiel die Werkstätten an den Gesamtschulen exzellent waren, übrigens immer noch sind. Aber den Werkstattunterricht gibt es dort nur im Wahlpflichtbereich, also nicht für alle Schüler. Interessant war auch, dass die Veränderung der Schülerschaft bei uns in der Arbeitslehre-Küche sehr spürbar wurde. Das vorher überall präsente Schweinefleisch wurde zum Problem: keinen Falschen Hasen mehr, keine Gelatine! Und es gab durch die multikulturelle Schülerschaft auch neue Anregungen für andere Zutaten und Gerichte. Wobei wir auch noch mitbekamen, dass offenbar in den Familien nichtdeutscher Herkunft noch gekocht wurde, damals jedenfalls, während das bei vielen anderen Familien oft nicht der Fall war.

*2010 wurde dann, unter Zöllner, glaube ich, aus Arbeitslehre das Fach WAT, also Wirtschaft Arbeit Technik. War das nur eine Namensänderung?*

**Triebe:** Bei den Schulen, also vor allem den ehemaligen Gesamtschulen, die vorher eine gute Werkstattausstattung hatten, hat sich nicht so viel geändert. Der neue Name hat allerdings das Integrative der Arbeitslehre konterkariert. Die neuen, aus Haupt- und Realschulen fusionierten Schulen hatten das Problem, an Geld, aber auch an Räume zu kommen, um eine ähnliche Ausstattung zu erreichen. Schlimm ist allerdings, dass die Möglichkeit eröffnet wurde, die Stundentafel für WAT in Klasse 9 auf eine Stunde und in Klasse 10 auf null Stunden zu kürzen. Und keine*r weiß oder will wissen, an wieviel Schulen die ursprünglich vorgesehenen zwei Stunden in den Klassen 9 und 10 überhaupt noch praktiziert werden. Nachdem Schulsenator Kleemann nach der Wende das Fach Werken in der Grundschule gestrichen und auch die Werkstätten dort abgeschafft hat, ist nun mit dem Wechsel von Arbeitslehre zu WAT und erst recht noch mit Kürzung der Stundentafel der Schulunterricht immer mehr verkopft worden.

*Es gab doch auch mal das Lehrkräftepraktikum am Arbeitsplatz. Was war das denn?*

**Triebe:** Das war eine tolle Einrichtung, die leider damals gleich mit abgeschafft wurde: 12 Lehrkräfte konnten ein halbes Jahr lang in Betriebe gehen bei voller Fortzahlung der Bezüge, aber ohne Ferien. Ich war durch dieses Programm ein halbes Jahr bei Daimler Benz, andere bei BMW, bei Gillette, AEG, bei Siemens sowie anderen Betrieben.

*Und was ist mit den Schülerfirmen?*

**Triebe:** Na, die gibt es glücklicherweise immer noch. Anfangs war das ja eher eine Idee der Förderschulen, die nicht mehr wussten, wie sie ihre Schüler*innen motivieren sollten. Da haben am Anfang neunzig Prozent vor allem »Schrippen« geschmiert, also Catering gemacht. Inzwischen ist das Spektrum von Schülerfirmen sehr breit. Die Paul-Löbe-Schule in Reinickendorf hat beispielsweise Schülerfirmen, die drucken oder Ski reparieren und warten, Fahrräder reparieren und

FOTO: PRIVAT

vieles mehr. Ich glaube, die haben zwölf Schülerfirmen. Das sind richtig handfeste Sachen, die dem Arbeitslehre-Gedanken sehr nahe kommen und viel für die Berufswahl leisten.

*Du bist noch gut vernetzt in der Arbeitslehre-Szene in Berlin. Wie sieht es eigentlich an der TU aus, die ja die Lehrkräfte für das Fach ausbildet?*

***Triebe:*** Das macht das IBBA, das Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre. Die haben hervorragende Werkstätten, vorbildlich. Da kann ein Kleinbetrieb schon manchmal neidisch werden. Aber das IBBA ist eigentlich zu klein. Die haben genug Studierende, aber zu wenig Plätze. Auch wieder so eine verschlafene Entwicklung, denn es fehlen einfach die Mittel, obwohl ja absehbar war, dass man auch in diesem Fach mehr Lehrkräfte braucht. Jetzt hat man immerhin einige Finanzen locker gemacht, damit dort Quereinsteigende, die ein weiteres Fach brauchen, studieren können.

*Manfred, du bist nicht nur bildungspolitisch aktiv, sondern auch radaktiv und bietest im Rahmen der GEW Radtouren an. Und das nicht nur im hohen Alter, sondern obwohl du durch ein Rückenproblem gehandicapt bist. Wie machst du das? Und was hast du eigentlich?*

***Triebe:*** Ich hatte Bandscheibenvorfälle, was sich dann durch eine Operation zur Versteifung der Lendenwirbel leider noch verschlimmert hat, statt sich zu verbessern. Jetzt ist inzwischen durch eine zweite Operation mein Rücken noch einmal fast komplett versteift worden, jetzt geht es. Aber wegen dieser Rückensache habe ich mir eben ein Liegedreirad angeschafft, das sich sehr bewährt hat. Darüber hinaus werde ich inzwischen von Rainer Witzel und Hiddo Hidden unterstützt.

*Kein E-Bike?*

***Triebe:*** Doch, inzwischen habe ich daraus ein E-Bike gemacht und bin eigentlich sehr zufrieden. Jetzt düse ich immer mit einer Geschwindigkeit von 20 km/h durch die Gegend. Bei meinen Radtouren passe ich mich natürlich an die Gruppe an! Aber ich kann eben auch anders.

*Manfred, das ist ein guter Schluss. Viele schöne Radtouren und vor allem besseres Wetter dabei als heute, denn draußen ist es ungemütlich nass!*

# Monikas Corona-Alphabet

**A**bstandhalten in Zeiten,
wenn man zusammenstehen müsste.
Keine leichte Übung!

**B**etriebsrat gegen GEW-Mitglieder
im GEW-Haus: Wie kann man vermeiden,
dass Mitglieder und Mitarbeiter*innen
sich im GEW-Haus begegnen?
Gibt es eine »friedliche Koexistenz«?

**C**hor und Singkreis kämpfen gegen
Aerosole, singen im Freien solange es
geht, aber dann?

**D**esinfektionsmittel unser neues
Parfüm

**E**nkel*innen und andere Verwandte
nur noch online treffen?

**F**it für den Ruhestand:
Das Seminar geht online.

**G**EW- Stadtmusikanten lassen
sich nicht entmutigen – im Gegenteil,
sie proben weiter!

**H**ausunterricht mit Enkel*innen
und geflüchteten Kindern – die Steigerung heißt Lernhilfe per WhatsApp.

**I**solation: Wir tun was dagegen!

**J**a, es gibt noch Möglichkeiten der
Kommunikation!

**K**affeekino der GEW-Senior*innen
läuft wieder!

**L**ösungen suchen für lebensnotwendige Kontaktbedürfnisse:
Unser Motto: »Wie kann es gehen?«

**M**itgliederbindung unter
Corona-Bedingungen ist richtig Arbeit!

**N**otlösungen für den nächsten
»Shutdown« im Winter!?

**O**h, du fröhliche …
Allein unterm Weihnachtsbaum?

**P**andemie: der Feind der
reiselustigen Ruheständler*innen

**Q**uarantäne vermeiden
durch Disziplin und ein bisschen
Glück.

**R**aumprobleme: Wo können die
Abstands- und Hygienevorschriften
eingehalten werden?

**S**tammtisch für GEW-Ruheständler-
*innen draußen, drin, online –
irgendwas geht immer!

**T**heatergruppe der Senior*innen
kann sich jetzt »Reinhards Garten-
Theater« nennen, denn da haben sie
weiter gearbeitet.

**U**mgang mit internetten Kommunikationsformen ist für Senior*innen eine
besondere Herausforderung.

**V**ideokonferenzen sind besser
als Selbstgespräche. Aber wo ist die
Pannenhilfe?

**W**andern und Ausfliegen mit verantwortungsbewusster Organisation.
Da gibt es ein paar Expert*innen bei
den Senior*innen.

**X** wie Xsundheit wünschen wir allen,
damit wir mal wieder unbeschwert
reisen können.

**Y**oga vor dem Fernseher ist (auch)
noch möglich!

**Z**ufriedenheit suchen und finden in
kleinen Freuden – das lernen wir gerade.

*Monika Rebitzki*

ZEICHNUNGEN: ADOBE STOCK/SPIRAL MEDIA

Ihren 91. Geburtstag feierte Helge Löw (zweite von links) am 16. September zusammen mit dem GEW-Chor im Teehaus im Englischen Garten des Tiergartens bei Kaffee und Kuchen – und Sonnenschein. FOTO: PRIVAT

## Unser Hürdenlauf zum Wiedersehen

Seit dem 16. März hat sich die Welt für mich geändert. Ich habe mich gleich ins Krankenhaus gelegt und 20 Tage das Besuchsverbot am eigenen Leib erfahren. Die Hamsterkäufe blieben mir dafür aber erspart. Als ich langsam wieder in meiner Welt angekommen war, war der Terminkalender leer: Kein Chor, kein Stammtisch, kein LAMA, kein Reha-Sport, kein Friseur. Dagegen musste was getan werden.

Die Videokonferenzen gingen erst mal holperig. Unsere Bandbreite zu Hause war sehr gering. Der Versuch, das zu ändern, bescherte uns mehr als zwei Monate ohne Festnetz und Internet! Aber wir Alten lassen uns ja nicht unterkriegen. Mitgliederbindung ist uns ein Anliegen. Sobald die Corona-Regeln etwas gelockert wurden, ging es deswegen im Juni gleich wieder los. Alle GEW-Senior*innen-Gruppen suchten nach Wegen, sich wieder zu treffen und Kontakt zu halten. Im Sommer war vieles im Freien möglich. Es wurde für den nötigen Abstand gesorgt und es wurden Listen geführt. Wir genossen unser Wiedersehen sehr. Am meisten überraschten mich die GEW-Stadtmusikanten. Ich traute mich gar nicht nachzuforschen und erfuhr erst später im Oktober ganz nebenbei, dass sie schon seit Mai wieder proben, sogar an einem neuen Ort. Das hat mich richtig glücklich gemacht!

Seit August haben wir dann Ausschau gehalten nach Räumen, in denen wir uns treffen könnten, denn die kalte Jahreszeit kommt jetzt schnell. Einige wurden schon fündig. Für den Stammtisch musste eine Lösung her. Er soll ja so nahe wie möglich am GEW-Standort sein, aber ein bisschen Kneipencharakter haben. Der gemietete Raum im Café Ulrichs gegenüber der GEW ist nicht nur zu klein, sondern überhaupt ist das Café nur noch im Außenbereich offen. Restaurants im Umfeld, die uns nachmittags aufnehmen könnten, fanden wir nicht. In der Geschäftstelle gibt es für alle Gremien und Gruppierungen nur zwei Räume, die die nötige Kapazität haben. Wir stellten also einen Antrag, einen davon zu der gewohnten Zeit mittwochs nachmittags einmal monatlich nutzen zu können. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, der Betriebsrat habe entschieden, dass Mitglieder nur kommen können, wenn die Mitarbeiter*innen Feierabend haben, um deren Gesundheit zu schützen. Mittwochs ist aber der lange Bürotag bis 17 Uhr. Wir versuchen es jetzt mal mit dem Freitag, da ist schon ab 15 Uhr zu.

Verstehen können wir die Entscheidung nicht. Man kann sich im GEW-Haus mit drei Toilettenenbereichen, drei Teeküchen und fast ausschließlich Büroräumen in abgetrennten Fluren aus dem Weg gehen. Auch Homeoffice ist möglich. Maskenpflicht außer am Arbeitsplatz ist üblich in Büros und in der Gastronomie. Ich bezweifle nicht, dass man stundenlang darüber diskutieren kann, warum etwas nicht geht. So sind wir allerdings bei unseren Senior*innen-Aktivitäten nicht vorgegangen. Wir haben nach Lösungen gesucht, die unter Beachtung der Vorschriften und im Interesse unsere Gesundheit möglich sind. Das ist uns weitestgehend gelungen. An uns wird es nicht liegen, wenn die Infektionszahlen jetzt wieder steigen und wir mit erneuten Kontaktsperren leben müssen.

Auf der vorherigen Seite steht mein derzeitiges Corona-Alphabet verbunden mit der Hoffnung, dass ich es auch mal wieder vergessen kann. *Monika Rebitzki*

## Studie zur Praxis der Berufsverbote in Hamburg

Die von der GEW Hamburg in Auftrag gegebene Studie ist im Beltz-Verlag erschienen. In der Studie wird am Beispiel des Hamburger Landesverbandes eine erste Untersuchung zum Umgang der GEW mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen (UVB) vorgelegt. Dabei werden die politischen Prozesse analysiert, die zur Etablierung der UVB in der GEW führten, und herausgearbeitet, welche Personen daran beteiligt waren. Berücksichtigt wird ebenfalls, welchen Einfluss der DGB und die Zentralisierung der GEW für die Durchsetzung der UVB hatten.

## Peter Grottian ist gestorben

Der Politologe Peter Grottian ist im Alter von 78 Jahren Ende Oktober 2020 gestorben. Grottian war fast dreißig Jahre Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, organisierte aber auch zahlreiche politische Aktionen: so 1977 Kampagnen gegen Berufsverbote, 1981 beteiligte er sich an Hausbesetzungen, er war 1983/84 mit bei den Blockaden in Mutlangen und verzichtete 1985 auf ein Drittel seiner Professorenstelle, damit eine Stelle für eine Genderforscherin geschaffen werden konnte. Nach dem Zusammenbruch der Landesbank Berlin AG (LBB) im Jahr 2001 war er an einer Bürger*inneninitiative beteiligt, die Protestaktionen organisierte. Und noch im September 2020 initiierte er gemeinsam mit anderen Aktivist*innen auf dem Campus der FU eine Demonstration gegen den Finanzdienstleister BlackRock.

## Vor 40 Jahren gegründet: Das Theater der Erfahrungen

Die Jubiläumsfeierlichkeiten des Theaters sind wegen der aktuellen Situation ins Wasser gefallen. Wer sich aber informieren möchte über die 40jährige Theaterarbeit des Theaters der Erfahrungen, findet im Internet unter theater-der-erfahrungen.nbhs.de/ unter anderem eine Slideshow mit Bildern aus den vielen Theaterjahren. Auch eine mobile Ausstellung haben die Akteur*innen zusammengestellt. Vom 16. November bis 18. Januar 2021 ist die Ausstellung noch in der Alice Salomon Hochschule in Hellersdorf zu sehen. Auf 17 bunt bedruckten Bannern werden dort Fotos aus der langjährigen Geschichte des Theaters präsentiert.

FOTO: IMAGO IMAGES/CAVAN IMAGES

# Schüler*innen brauchen Ferien

**In Ferienschulen sollten die Berliner Schüler*innen nachholen, was sie während der Schulschließung nicht erarbeiten konnten. Was gut klingt, ist in der Praxis aber höchst kritisch zu betrachten**

*von Ulla Widmer-Rockstroh*

Die Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Familie initiierte in den letzten Sommer- und Herbstferien kurzfristig »Ferienschulen«, um die Versäumnisse aufzufangen, die die Kinder und Jugendlichen in diesen Corona-Zeiten durch bedrohlich reduzierte Lernzeiten in Fern- und eingeschränktem Präsenzunterricht erleiden mussten. Dies klingt verantwortungsbewusst, zumal die Corona-Krise noch längst nicht vorbei ist und weitere Benachteiligungen der Schüler*innen verhindert werden müssen. Aber eine kritische Auseinandersetzung mit den Ferienschulen ist notwendig. Gut, dass Britta Gaedecke das Thema in der Oktober-bbz angerissen hat. Ich betone ausdrücklich, dass meine kritischen Äußerungen das persönliche Bemühen der einzelnen Ferienschul-Lehrer*innen nicht missachten!

Die Ferienschulen waren kein Ferienhortprogramm mit kreativen Spiel- und Erholungsangeboten; dies aber brauchen Kinder und Jugendliche in den Schulferien. Der Stress, den viele im wochenlangen Fernunterricht hatten, wurde durch das Unterrichtsangebot in den Ferien verlängert – auch wenn sich sicher viele der »Nachhilfe-Lehrer*innen« mühten, nett mit den Kindern und Jugendlichen umzugehen.

In den Informationsschreiben an die Eltern hieß es, der Nachhilfe-Unterricht werde insbesondere für Kinder der 1., 2. und 7. Klasse angeboten, »um die in den letzten Monaten entstandenen Lücken in Deutsch und Mathematik bei Ihrem Kind aufzufangen«. Wo und durch welche Lehrpersonen blieb offen.

Das schaffte für Eltern diffuse Hoffnungen einerseits, andererseits fühlten sie sich unter Druck gesetzt – wie ich in Gesprächen mit Eltern erfuhr. Die ahnungslos gelassenen Eltern sollten ihre Kinder also für zwei Wochen in völlig unbekannte Hände, Lernumgebungen und Lerngruppen geben und glauben, so würden »Lücken« ihres Kindes weggelernt. Unklar blieb aber, welche »Lücken« denn entstanden waren. Lernen ist kein Puzzle, bei dem Bauklötze in vorgefertigte Löcher gesetzt werden.

Ich halte grundsätzlich eine »Ferienschule«, zudem reduziert auf das Arbeiten in den »Kernfächern« und ohne langfristig mit den verantwortlichen Pädagog*innen der Schüler*innen gut vorbereitetes Lernkonzept, für falsch. Als Grundschullehrerin weiß ich, wie anspruchsvoll das Lernen mit Kindern ist, dass gutes Lernen der Kinder von Kontinuität in Personalbezügen, Lernumgebungen, Methodik und Didaktik abhängt; und hier sollten es Unbekannte aus dem Stand heraus können? In der Berliner Tagespresse erfuhr man, dass die Ferien-Lehrpersonen vor dem Kurs eine Schulung erhalten würden. Die notgedrungene Unzulänglichkeit von Kurzschulungen vor ihrem schulischen Einsatz kenne ich von Quereinsteiger*innen, die ich als Patin begleite.

## Alles andere als ein Erfolg

So verwundert es nicht, dass der Berliner *Tagesspiegel* einige Schüler*innen und Ferienlehrer*innen mit teilweise haarsträubenden Erfahrungen in den Ferienschulen zitierte. Glück war es bei Einzelnen, denen es zufällig nicht so dramatisch erging. Die Verlautbarungen der Senatsschulverwaltung – wie aller Kultusministerien in anderen Bundesländern – sprachen aber pauschal und unbelegt von einem »Erfolg« der »Sommerschulen«.
Ich wünsche mir:

- Eine kritische Positionierung der GEW zu den Ferienschulangeboten und konstruktive Vorschläge in den Fachgruppen und im Vorstandsbereich Schule.
- Empfehlungen zur Umsetzung der Rahmenlehrpläne unter den Bedingungen der Pandemie: Was ist wesentlich, was kann weggelassen werden.
- Ersetzung der Noten und zensierten Tests durch persönliches Feedback, gerade jetzt.
- In der Kommunikation mit den Eltern durch die GEW erarbeitete Vorschläge, wie kleine Lerngruppen in diesen Zeiten organisiert werden können, zum Beispiel durch Lernzeiten in geteilter Verantwortung von Lehrkräften und Erzieher*innen und durch Wechsel von Fern- und Präsenzunterricht.

*Ulla Widmer-Rockstroh, Grundschullehrerin i.R., Patin für Quereinsteiger*innen*

# Mit voller Blase, kein Job für Mutti

**Dem Berliner Schulsystem gelingt die Umsetzung der Inklusion behinderter Kinder bisher nur sehr unzureichend. Das steht nicht nur im Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention, sondern kostet betroffene Eltern viel Zeit und Geld und manchmal sogar den Job**

*von Lisa Reimann*

Nina ist fast sieben und geht in die erste Klasse einer inklusiven Schwerpunktschule. Burak ist sechs und ebenfalls Schulanfänger an der inklusiven Grundschule vor Ort. Beide Kinder freuen sich auf die Schule, die anderen Kinder, die ersten Buchstaben und Zahlen und den Hort mit seinen Angeboten. Beide Kinder haben einen Förderbedarf und zusätzlich einen Pflegebedarf. Doch was in der Kita noch halbwegs funktionierte, klappt in der Schule gar nicht mehr. Das hat Auswirkungen auf die ganze Familie. Beide Mütter konnten mit Schuleintritt ihren Job an den Nagel hängen: Hallo Schule – Tschüss Arbeit.

Mit Ninas Schule wurde im Vorhinein alles geklärt. Berichte und Akten wurden weitergereicht, es wurden Gespräche geführt und doch war nach dem ersten Schultag alles anders als geplant. Trotz aller Informationen war es für die Schule eine große Überraschung, dass Nina bei Bedarf katheterisiert werden muss. Nina ist Rollstuhlfahrerin und die Blase entleert sich nicht von allein. Wenn die Blase drückt, muss sie mit einem Katheter entleert werden. Wird die Blase nicht entleert, drohen Entzündungen und Erkrankungen. Es gibt auch keinen Rhythmus, wie »alle vier Stunden«. Das Katheterisieren kann also nicht terminiert werden. Es muss immer jemand da sein, der bei Bedarf katheterisieren kann und darf. Erst beim Schuleintritt stellte die Schule schließlich fest: »Wir können das nicht und wir dürfen das nicht. Wir sind ja gar nicht zuständig.«

## Niemand sieht sich in der Verantwortung

Eigentlich wäre die Krankenkasse zuständig, doch die fühlt sich nicht verantwortlich. Für Nina ist die einzige Lösung, dass sich die Mutter auf Abruf in der Nähe der Schule aufhält. Wenn die Blase voll ist,

wird die Mutter angerufen, um das Katheterisieren zu übernehmen. Um das zu ermöglichen, muss sie ihren Job aufgeben. Das Kind auf eine der wenigen Förderschulen zu geben, die über eine eigene Schulkrankenschwester verfügt und

**»In anderen Ländern hat jede Schule eine eigene Pflegekraft.«**

an anderem Ende der Stadt liegt, stellt für die Familie aber keine Lösung dar. Die Eltern möchten das Recht ihres Kindes auf inklusive Beschulung verwirklichen. Es soll mit der großen Schwester und den Nachbarskindern auf die Schule vor Ort gehen dürfen. Doch das Recht auf Inklusion einzulösen, hat weitreichende Konsequenzen. Diese Konsequenzen trägt nicht etwa der Staat, sondern viel zu oft die Eltern.

Burak hat Diabetes. Zur Mittagszeit braucht er jemanden, der die Insulingabe übernimmt und die Kohlenhydrate im Essen berechnet. Die Sonderpädagogik-Verordnung hat zwar festgelegt, dass Schulhelfer*innen diese Maßnahme der Behandlungspflege übernehmen dürfen, wenn sie an einer entsprechenden Schulung teilgenommen haben. Doch auch bei Burak kam mit dem Schuleintritt alles anders als geplant. Seine Schulhelferin kommt nur zwei Mal in der Woche für die ersten Schulstunden. Zum Mittagessen, wenn er ihre Hilfe braucht, ist sie nicht mehr da. Die Schule meint, es gäbe keine anderen Schulhelfer*innenstunden für Burak, außerdem sei die Krankenkasse zuständig. Da die Mutter auf keinen Fall ihren Beruf aufgeben möchte – sie ist alleinerziehend und nicht unbedingt scharf auf Harz IV – telefoniert sie mit der Krankenkasse. Sie solle sich einen Pflegedienst suchen, wird ihr dort gesagt. Die Mutter telefoniert 80 Pflegedienste ab. Alle lehnen ab. Es gibt in Zeiten des Fachkräftemangels einfach lukrativere Aufträge, als zu einer Schule zu fahren, das Kind zu suchen, nur um dann eine einzige kleine Leistung auszuführen. Kein Pflegedienst übernimmt die Versorgung von Burak in der Mittagszeit.

Ninas Eltern sind verzweifelt. Und sie sind nicht allein. Früher! – das waren andere Zeiten. Da übernahmen pädagogische Fachkräfte das Katheterisieren, auch ohne pflegerische Ausbildung. Die haben die Eltern ja auch nicht, und machen es dennoch jeden Tag. Das ist heute anders. Heute muss eine Pflegefachkraft das Katheterisieren übernehmen. Jemand, der das richtig gelernt hat und das Kind nicht verletzen kann. Das Problem ist nur: wer macht das? Wer stellt sicher, dass Nina gleichberechtigt mit ihren nichtbehinderten Mitschüler*innen die Grundschule besuchen kann? Die zuständige Schulbehörde der Stadt schiebt die Verantwortung weiter. Die Krankenkasse sei zuständig. Auch Ninas Eltern telefonieren über 100 Pflegedienste ab. »Was? Katheterisieren auf Abruf? Wie soll das gehen? Da müsste ja eine Krankenpflegefachkraft die ganze Zeit in der Schule sein. Finanziert wird aber nur die Leistung. Das geht nicht.«

## Eltern bleiben auf den Kosten sitzen

Ninas Recht auf Bildung und die Sicherstellung ihrer Gesundheit stehen auf wackeligen Beinen. Anstatt als Schulbehörde schnell nach Lösungen zu suchen, um die Arbeitslosigkeit der Mutter zu verhindern, wird das Problem auf die lange Bank geschoben. Die Krankenkasse zahlt nur das Katheterisieren. Die Schulverwaltung zuckt mit den Achseln, und verweist auf die Förderschule mit Schulkrankenschwester. Dann findet sich doch noch ein spezialisierter Pflegedienst, der Nina versorgen würde, kostet aber 50 Euro mehr. »Mehrkosten? Gibt es nicht bei der Krankenkasse. Können Sie selbst zahlen.«

Jeden Tag um die Mittagszeit macht sich Buraks Mutter auf den Weg zur Schule. Sie erreicht die Mensa, drückt Burak einen Kuss auf die Wange, berechnet die Kohlenhydrate, stellt das Insulin ein und geht wieder. Arbeiten gehen kann sie so nicht. Auch sie hat endlich einen Pflegedienst gefunden, der Buraks Versorgung übernehmen würde, kostet aber mehr. »Mehrkosten? Übernimmt die Krankenkasse nicht. Kann ja die Mutter privat sponsern.«

Und die Schulverwaltung guckt zu, wie Eltern arbeitslos werden, und fühlt sich nicht zuständig. Dabei gäbe es Lösungen. In anderen Ländern hat jede Schule eine eigene Pflegekraft. Bedenkt man den Anstieg von Kindern mit Diabetes Typ 1, wäre das keine schlechte Idee, zumal diese Krankenpflegefachkraft nicht nur die Schürfwunde auf dem Schulhof verarzten und damit das pädagogische Personal entlasten könnte. Sie könnte auch wichtige Aufgaben der Gesundheitsprävention übernehmen. Gibt es Kinder mit ärztlichen Rezepten für eine Behandlungspflege, wäre sie an Ort und Stelle.

## Teilhabe muss erkämpft werden

Theoretisch könnte die Schulverwaltung auch sagen: »Die Situation ist untragbar! Das Recht ihres Kindes auf gleichberechtigte Teilhabe am inklusiven Unterricht ist gefährdet und wir haben uns zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Kündigen Sie auf keinen Fall Ihren Job. Nächste Woche haben wir einen Pflegedienst für das Kind gefunden. Wir übernehmen erstmal alle Kosten und streiten uns im Nachhinein mit der Krankenkasse. Damit haben Sie aber nichts zu tun.« So sollte es laufen, tut es aber nicht.

Wie sich die Eltern fühlen, die durch die Schulpflicht ihrer Kinder in die Arbeitslosigkeit geschickt werden, kann man sich ungefähr vorstellen. Aber wie fühlen sich eigentlich Burak und Nina, die von allen als »Störfaktor«, als »Kostenträger« gesehen werden, die vielleicht Schuldgefühle haben, weil ihre Mutter nicht mehr arbeiten gehen kann? Burak und Nina spüren die große Unsicherheit um sie herum. Auch dieses Gefühl sondert sie von ihren Mitschüler*innen ab. Das darf so nicht sein. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Kinder zu ihrem Recht kommen, dass Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt und alle angemessenen Vorkehrungen, die eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen, getroffen werden. Nicht morgen, nicht übermorgen, sondern jetzt!

**Namen sind geändert*

*Hier geht es zur Petition für das Land Berlin: Petition auf Chance.org. Wir haben bald Wahlen, bitte schreibt euren Kandidat*innen im Wahlkreis und erzählt ihnen von den Missständen in der Umsetzung von Artikel 24.*

*Lisa Reimann, Inklusionspädagogin*

FOTO: IMAGO IMAGES/HANS LUCAS

# Drei Sprachen sind genug fürs Abitur

**Herkunftssprachen, die nicht zu den »Prestigesprachen« gehören, werden in der Schule ignoriert. Ein Reformvorschlag für den Abbau der Diskriminierung**

*von Lilo Martens*

Ein Kind, 6 Jahre alt, wird in das Berliner Regelschulsystem eingeschult. Das Kind ist zweisprachig mit Deutsch und Farsi aufgewachsen und hat sich beide Sprachen auf die Art und Weise angeeignet, die Linguist*innen als ungesteuerten »natürlichen Spracherwerb« bezeichnen, Farsi vor allem im familiären Umfeld. Deshalb kann es sich in beiden Sprachen in alltäglichen Situationen mündlich bilingual verständigen.

Nach der Einschulung wird das Kind, wie die meisten Kinder, nicht bilingual alphabetisiert. Sein herkunftssprachliches Potential wird nicht weiter geschult. Mit neun Jahren in der dritten Klasse angekommen, manchmal schon früher, wird das Kind in der Regel Englisch als erste schulische Fremdsprache zusätzlich zu seinen beiden Erstsprachen lernen müssen, und später kommt noch eine weitere Fremdsprache bis zum Abitur dazu.

Seine Sprachkompetenz in Farsi hat für seine Schullaufbahn formaljuristisch also Null Relevanz, es sei denn, dieses Kind erreicht durch Privatinitiative außerhalb der Schule ein Niveau, das es ihm unter bestimmten Umständen und erst sehr viel später erlaubt, einen Antrag auf Befreiung von der zweiten Fremdsprache zu stellen. Denn nach dem Berliner Schulgesetz besteht die Möglichkeit einer Befreiung von der zweiten Fremdsprache, wenn Kenntnisse einer Herkunftssprache auf mindestens B1-Niveau nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen nachgewiesen werden. Es handelt sich nicht um einen Rechtsanspruch. Einen vorbereitenden Unterricht auf diese Prüfung gibt es nicht, die geforderte Kompetenz muss spätestens bis zur 10. Klasse nachgewiesen werden.

In Berlin wird zwar zunehmend an Grundschulen Unterricht in einigen Herkunftssprachen, aber zum Beispiel nicht in Farsi, in staatlicher Regie und im Rahmen eines freiwilligen und zusätzlichen Unterrichts im Umfang von zwei Wochenstunden angeboten. Doch dieses Angebot zählt nicht als Fremdsprache für den Schulabschluss. Ein annähernd bildungssprachliches Niveau lässt sich in diesem Rahmen wohl kaum erreichen.

## Alle Sprachen sind gleichwertig

In einem Reformvorschlag für den Rat für Migration macht die Autorin Doktor Dita Vogel auf diese bislang »in der Bildungspolitik und -administration weithin unbeachtete Form der Benachteiligung im Bildungssystem« aufmerksam und fordert bundesweit zur öffentlich-kritischen Auseinandersetzung damit auf. Diese Benachteiligung müsse grundsätzlich abgeschafft werden, so Dita Vogel. Sie fordert, dass es für mehrsprachig Aufgewachsene einen Rechtsanspruch auf Prüfung von Sprachenkenntnissen und einen darauf vorbereitenden Unterricht geben muss. Und zwar für alle Sprachen, denn alle Sprachen sind gleichwertig. Die nichtdeutsche Familiensprache muss von Schulbeginn an gefördert und als »Fremd«-sprache mitgerechnet werden.

Dies entspräche ganz der Grundidee der Sprachenpolitik der Europäischen Union, nach der mündige EU-Bürger*innen neben der Landes- und Schulsprache noch zwei weitere Sprachen bis zu einem gewissen Grad beherrschen sollen. Es entspräche auch den Vorstellungen der Kultusministerkonferenz zur interkulturellen Bildung und »Wertschätzung und Anerkennung der herkunftsbedingten Mehrsprachigkeit«. Und es würde Schüler*innen »in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, Identitätsarbeit und ihrem Selbstwertgefühl« stärken.

## Die Umsetzung ist möglich

Wie soll das funktionieren bei so vielen Sprachen, inklusive eher seltenen wie Tigrinya aus Eritrea? Woher die fehlenden Lehrkräfte und Prüfer*innen nehmen? Es geht, meint Dita Vogel und skizziert hierzu ihre Ideen, die nicht nur binnendifferenzierte und jahrgangsübergreifende Unterrichtsangebote an Schulen vorsehen, sondern auch digital gestützten Mehrsprachenunterricht nutzen. Es brauche zudem eine Qualifizierung von Prüfungsberechtigten mit dem Ziel, auf einen Pool für viele Sprachen zugreifen zu können, eine Kooperation der Bundesländer und Modellprojekte an Schulen in den verschiedenen Schulstufen sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum. Ihren ausführlichen Reformvorschlag könnt ihr durch das Scannen des Q-Codes oder den Link unter dem Artikel lesen. Auf Erkenntnissen der Evaluation aufbauend, könnten die Rahmenbedingungen für eine Reform schon in wenigen Jahren umgesetzt werden. Der LAMA der GEW Berlin freut sich über Rückmeldungen.

*Link zum ungekürzten Debattenaufruf auch auf www.gew-berlin.de/bbz*

*Lilo Martens, Landesausschuss Migration und Diversity der GEW BERLIN*

FOTO: IMAGO IMAGES/EIKOTSUTTIY

# Digital ist nicht normal

**Die Erfahrung des Fernunterrichts im Frühjahr 2020 hat offengelegt, wo es bei der Digitalisierung hakt. Bei einer Umfrage des Pankower Personalrats äußerten sich dazu 300 Beschäftigte**

*von Christoph Wälz*

Es war ein kopfsprungartiger, unvorbereiteter Sturz in das Homeschooling, was zunächst zur Versuch-und-Irrtum-Methode zwang.« So beschreibt eine Kollegin das, was ab März an Berliner Schulen passierte. Meist auf sich allein gestellt, mit improvisierten Werkzeugen, sehr unterschiedlichen Erfahrungen bei der digitalen Mediennutzung und ohne klare Vorgaben – so stellten sich die Pädagog*innen der »Mammutaufgabe, den Kontakt zu den Schüler*innen und die Gestaltung der Lernprozesse aus dem Homeoffice heraus zu digitalisieren«, wie es in der Auswertung einer im Juni durchgeführten Umfrage unter den pädagogisch Beschäftigten des Bezirks Pankow heißt.

Auch wenn die Ergebnisse dieser Umfrage bei einer Beteiligung von etwa acht Prozent nicht repräsentativ sind, werfen sie doch ein grelles Licht auf die Probleme an den Berliner Schulen. Dabei stehen die digitalen Probleme nicht für sich allein. Die seit vielen Jahren beklagten Rahmenbedingungen bei Klassengröße, Arbeitszeit und Ausstattung erschweren neue Wege auf Schritt und Tritt.

## Digitale Konfusion ist Alltag

Am häufigsten haben die Beschäftigten die Nutzung privater Endgeräte für dienstliche Aufgaben als Problem benannt. Schon aufgrund der damit verbundenen heterogenen Situation bei der Hardware und Software kann von Datenschutz und Datensicherheit im schulischen IT-Gebrauch keine Rede sein.

Landes- und Bundespolitik haben sich seitdem diesem Problem gewidmet und die Anschaffung dienstlicher Endgeräte für Lehrkräfte in Aussicht gestellt. Man könnte fast meinen, die Pankower Pädagog*innen wären erhört worden, wenn nicht die Anschaffung noch einmal verschärft die Frage nach der Wartung aufwerfen würde. Hier sind sich die Teilnehmenden der Umfrage durchweg einig: Die Schulen müssen bedarfsgerecht mit IT-Administrator*innen ausgestattet werden. Eine Zumessung von einer Person pro Wochentag und Schule reicht vorne und hinten nicht.

Zu vielen einzelnen Aspekten des Fernunterrichts hat die Umfrage interessante quantitative Ergebnisse geliefert. So nutzten im Frühjahr immer noch 34 Prozent der Teilnehmenden einen privaten E-Mail-Account für dienstliche Aufgaben und nur 68 Prozent konnten bereits auf einen Dienst-Account zurückgreifen. Auch bei der schulischen Koordination digitaler Lernformen besteht Handlungsbedarf. So gaben nur knapp 20 Prozent an, dass die neuen Lernformen durch Konferenzbeschlüsse schulintern geregelt werden, was aus Sicht des Personalrats eigentlich die bessere Option wäre. In 31 Prozent der Fälle sprach die Schulleitung Verpflichtungen zur IT-Nutzung aus. Dabei sind die IT-Lösungen der Schulen dem Personalrat bisher kaum zur Mitbestimmung vorgelegt worden. Schon deswegen müsste eigentlich von Freiwilligkeit bei der Nutzung ausgegangen werden. Diese Baustelle kündigt der Personalrat an, zügig zu bearbeiten.

Sollen die Beschäftigten bei den anstehenden Veränderungen nicht verloren gehen, so müssen vor allem zwei weitere Aspekte von der Senatsbildungsverwaltung angegangen werden: Sehr viele Beschäftigte nannten die außerordentlich hohe Arbeitsbelastung, auch durch die Entgrenzung der Arbeitszeit, sowie den Fortbildungsbedarf für sich und das ganze Kollegium als Herausforderung und als Hemmnis für ihr pädagogisches Engagement.

*Die Auswertung der Pankower Umfrage kann hier heruntergeladen werden: https://pr-schulen-pankow.de/information/digitalisierung*

*Christoph Wälz, Personalrat Pankow*

FOTO: IMAGO IMAGES/SCIENCE PHOTO LIBRARY

# Der Vogel Strauß unter den Senatsverwaltungen

**Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie entzieht sich gerne mal ihrer Verantwortung, wenn es um den Gesundheitsschutz der im pädagogischen Bereich Beschäftigten geht**

*von Manfred Triebe*

Selbst für einen Vogel Strauß wäre es eine reife Leistung, 25 Jahre den Kopf in den Sand zu stecken. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie schaffte das unter unterschiedlichen Namen und Organisationsformen locker. Zunächst als Landesschulamt (LSA) ab 1995, später als Senatsbildungsverwaltung. Arbeits- und Gesundheitsschutz war für die Spitze des Hauses aber auch für die gesamte Verwaltung stets ein Fremdwort, welches man bestenfalls ignorierte. Als dies nicht mehr half, verlegte man sich auf formaljuristische Argumente, um dem lästigen Drängen von Personalräten nach der Umsetzung eines gesetzlich vorgeschrieben Arbeits- und Gesundheitsschutz zu entkommen. Die ersten Versuche dieser Art kann man im Nachhinein nur noch als peinlich bezeichnen.

Das damalige LSA argumentierte unter anderem damit, dass das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) nicht für die Schule gelte, schließlich sei Schule kein Betrieb. Diese Einschätzung hatte natürlich keinen Bestand. Als es an die Umsetzung der Regelungen dieses Gesetzes ging, wollte das LSA den Kopf so billig wie möglich aus der Schlinge ziehen. Nur durch den Druck von Personalräten schrieb man die für jeden Betrieb seit 1973 vorgeschriebene Betreuung durch Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit auch für die an Berliner Schulen Beschäftigten aus. Allerdings in einer Billigvariante. Billig hieß in diesem Fall nur 50 Prozent der vom Gesetz geforderten Leistungen. Begründet wurde dies mit der wenig gefährdenden Arbeit in der Schule. Dass schon damals in den späten 90er Jahren die Zahlen der langfristig erkrankten und frühpensionierten Lehrkräfte in diesem Bereich dramatische Höhen erreichten, schien das LSA nicht wahrzunehmen. Für pensionierte und verrentete Lehrkräfte muss es schließlich nicht selbst aufkommen. Die Pensionen oder Renten zahlen das Land oder die Rentenversicherungsträger.

## Ping-Pong-Spiel der Verantwortung

Der Druck auf die Behörde wuchs. Mit Hilfe des Landesamtes für Arbeitsschutz und unterstützt durch eine parlamentarische Anfrage waren plötzlich 100 Prozent Betreuung möglich. In den Berliner Schulen gab es seitdem so etwas wie einen basalen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte überprüfen seitdem regelmäßig den Zustand der Schulen, benennen Unfallgefahren und schreiben Mängelprotokolle. Personalräte begleiten sie und versuchen, die Beseitigung der Mängel durchzusetzen. Oft scheitern sie an der »genialen« Aufspaltung des Systems Schule in äußere und innere Schulangelegenheiten. Für die Mängel am Gebäude ist der Schulträger zuständig, der steht aber nicht in einer personalvertretungsrechtlich geregelten Beziehung zum Personalrat. Die Personalräte konnten nur bitten, appellieren, mahnen. Eine formal geregelte Mitbestimmung gibt es auf dieser Ebene

nicht. Dies führte zu einem bis heute andauernden Ping-Pong-Spiel zwischen Senatsverwaltung und Schulträgern. Dabei ist seit einem Urteil des Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg klar, dass die Arbeitgeber*innen – also die Kultusminister*innen – die Verantwortung für die Gesundheit ihres Personals tragen.

## Psychische Belastung ist keine Gefährdung

Die für pädagogisches Personal entscheidende Gefährdung – psychische Belastungen durch Lärm, zu hohe Klassenfrequenzen, den Umgang mit schwierigen Schüler*innen – stand lange Zeit nicht explizit im Arbeitsschutzgesetz. Erst eine Gesetzesänderung 2013 führte die psychischen Belastungen ausdrücklich als mögliche Gefährdung auf. Seitdem müsste sie eigentlich Bestandteil jeder Gefährdungsbeurteilung sein. In der Realität ist sie dies aber nicht, weil die Senatsverwaltung mitsamt ihren für die Gefährdungsbeurteilung zuständigen Schulaufsichtsbeamt*innen entweder nicht weiß, wie man psychische Gefährdungen beurteilt, oder weil sie die Schulleitung vor Ort beurteilen lässt, ob ihr pädagogisches Personal psychischen Gefährdungen ausgesetzt ist. Dass Schulleiter*innen oft selbst Quelle psychischer Belastungen durch unangemessenes Führungsverhalten sind, wird dabei nicht problematisiert. Man macht den Bock zum Gärtner und verschanzt sich hinter der »Eigenverantwortlichen« Schule.

Abermals auf Druck von Personalräten gibt es seit 2012 Befragungen unter Mitarbeiter*innen, die unter anderem auch psychische Belastungen abfragen. Konsequenz dieser Befragungen sollte eigentlich die Identifizierung psychischer Belastungen und darauf aufbauend das Ergreifen von Maßnahmen zur Beseitigung oder Verminderung dieser Gefährdungen sein. Es gibt aber keinen dokumentierten Versuch der Verbesserung der psychischen Gesundheit der Beschäftigten an Berliner Schulen als Folge der Befragungen. Da es in der gesamten Verwaltung kein funktionierendes Gesundheitsmanagementsystem gibt, existiert natürlich auch keine Kontrolle und damit auch keine Sanktionsmöglichkeit für Verstöße gegen das ArbSchG. Ob Schulleiter*innen überhaupt eine Gefährdungsbeurteilung machen und wenn ja, ob sie in irgendeiner Form die psychischen Belastungen ihrer Beschäftigten erfassen, ist deshalb ohne jede Bedeutung, weil ohne jede Konsequenz und Sanktion.

Diese jahrzehntelangen Versäumnisse rächen sich in der aktuellen Situation der Corona-Krise. Um bei der stufenweisen Öffnung der Schulen das pädagogische Personal im Sinne eines effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes einsetzen zu können, müssten Schulleitungen für ihr Personal eine Gefährdungsbeurteilung erstellen. Nur so können sie zum Beispiel entscheiden, ob die Infektionsgefahr ihrer Beschäftigten zu hoch für einen Einsatz im Präsenzunterricht ist. Zwar gibt es jede Menge Material zu Gefährdungsbeurteilungen, aber wer noch nie in seinem Leben eine Gefährdungsbeurteilung gemacht hat, tut sich natürlich schwer damit. Die Senatsbildungsverwaltung trägt die organisatorische Verantwortung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Entsprechend müsste sie über eine Organisation oder ein Management verfügen, das sicherstellt, dass die vor Ort Verantwortlichen ihre Verantwortung kennen, entsprechend geschult sind und auf eine professionelle Expertise zurückgreifen können.

## In der Pandemie versagt das System

Ein zweites Problemfeld bei der stufenweisen Öffnung der Schulen ist der Komplex Hygiene. Das Infektionsschutzgesetz gilt seit 2001. Seitdem ist das Urteil über Sauberkeit und Hygiene an Berliner Schulen bei fast allen Beteiligten mangelhaft. Elterninitiativen arbeiten sich seit Jahren meist erfolglos am Thema Hygiene an Schulen ab. Dass die Senatsbildungsverwaltung nun im April einen Corona-Musterhygieneplan herausgegeben hat, ist für Kenner*innen im Grunde ohne Bedeutung. Einen solchen Plan zu schreiben, ist vergleichsweise einfach. Es gibt genügend Vorlagen, die man übernehmen kann. Ihn tatsächlich umzusetzen, ist dagegen ein Problem, wenn man noch nicht einmal eine ordentlich gereinigte Schule hat. Von den teilweise in ekelhaftem Zustand befindlichen Schultoiletten mal ganz zu schweigen. Glücklicherweise muss die Senatsbildungsverwaltung keine Hygienepläne umsetzen. Es genügt für sie offenbar, wenn sie an jede Schule ein Exemplar des Plans schickt. Den Rest »erledigen« die Schulen in eigener Verantwortung.

Auch 24 Jahre nach dem Inkrafttreten des ArbSchG ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Senatsbildungsverwaltung weitgehend Terra incognita. Auf dem Papier existieren Gesundheitsmanagement, Dienstvereinbarungen, Arbeitsschutzausschüsse und so weiter. In der Realität haben sich die gesundheitlichen Belastungen des Personals an den Schulen aber in den letzten Jahren eher verschlechtert. Umsetzen müssen die gesetzlichen Vorschriften die Schulleitungen vor Ort. Eine Senatsverwaltung, die als Arbeitgeberin verantwortlich für die Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ihrer Beschäftigten ist, versagt vollständig, wenn sie über kein System zur Durchsetzung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen verfügt und wenn sie den vor Ort Verantwortlichen keine Ressourcen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben zur Verfügung stellt.

## Gesundheitsschutz bleibt ein Fremdwort

Die Senatorin muss den Schulen sicher keine Desinfektionsmittel persönlich liefern. Sie hat aber die Verantwortung, Strukturen zu schaffen, die eine Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben ermöglichen. Und das bedeutet, stichprobenartig zu prüfen oder prüfen zu lassen, ob die übertragenen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllt werden. Die oberste Auswahl-, Aufsichts- und Kontrollverpflichtung bleibt der Senatorin deshalb erhalten. Sie ist per Arbeitsschutzgesetz nicht übertragbar. Ob die für den Arbeits- und Gesundheitsschutz Verantwortlichen in der Senatsverwaltung endlich begreifen, dass Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Gesundheit der Beschäftigten und Aufrechterhaltung des Schulbetriebes dienen, wird sich nicht zuletzt in der Corona-Pandemie entscheiden. ■

*Manfred Triebe, Gründer der AG Arbeits- und Gesundheitsschutz der GEW BERLIN*

FOTO: IMAGO IMAGES/GOTTFRIED CZEPLUCH

# Debakel Hauptstadtzulage

**Das Land Berlin hat mit seiner Hauptstadtzulage einen klaren Fehlgriff getan. Aber die Auswirkungen auf die Beschäftigen bleiben zunächst gering**

*von Udo Mertens*

Die Einführung einer Hauptstadtzulage für die Beschäftigten des unmittelbaren Landesdienstes hätte dilettantischer kaum ausfallen können. Nach der völlig berechtigten Kritik von den Beschäftigten, die von der Zahlung ausgeschlossen wurden (Beschäftigte an Universitäten außer Beamt*innen, alle mit einer Besoldung über A13 oder einem Entgelt über EG 13, alle Beschäftigten bei freien Trägern und so weiter), ist das Land nun auch noch aus dem Arbeitgeberverband, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), ausgeschlossen worden. Den Ausschluss hat das Land dabei bewusst in Kauf genommen.

### Der Ausschluss aus der TdL war absehbar

Jedem, der auch nur im Ansatz was von Tarifpolitik versteht, war klar, dass es der Zustimmung des Arbeitgeberverbandes bedurfte, um die Zulage an die Tarifbeschäftigten zu zahlen. Die politisch Verantwortlichen im Abgeordnetenhaus gehören offenkundig nicht dazu. Aus der eigentlich guten Idee wurde so ein politisches Desaster für das Land. Für die Zulage hätte es zweier Grundlagen bedurft: Erstens hätte eine gesetzliche Regelung im Besoldungsgesetz für die Beamt*innen geschaffen werden müssen. Das kann in der föderalen Bundesrepublik jedes Landesparlament für sich entscheiden. Zweitens hätte es für die Tarifbeschäftigten neben einem Beschluss des Senats auch die Zustimmung des Hauptpersonalrats (HPR) und des Arbeitgeberverbandes zu dieser übertariflichen Regelung gebraucht.

Hätte man sich zuerst die Zustimmung dieser Instanzen eingeholt, wäre die peinliche Blamage ausgeblieben. Der Weg war ein anderer. Erst wurde das Gesetz geschaffen und dann der Antrag in der Mitgliederversammlung der TdL gestellt. Da diese den Antrag abgelehnt hat, was hier nicht kommentiert werden soll, stand das Land vor einer interessanten Wahl. Pest, Cholera oder Schweinegrippe? Entweder den Beamt*innen die Zulage zahlen und den Tarifbeschäftigten nicht, oder das Gesetz für die Beamt*innen kurz nach der Veröffentlichung wieder zurücknehmen, oder den Tarifbeschäftigten die Zulage zahlen und den Rausschmiss aus der TdL riskieren. An dieser Stelle fiel den Verantwortlichen dann ein, dass man ja die Gewerkschaften mal einladen und zum gemeinsamen Scherbenkehren bitten könne. Allen Ernstes wurde wohl erwartet, es gäbe von dieser Seite Unterstützung für eine der »Lösungen«. Dem war aber nicht so.

### Die Aufgaben bleiben dieselben

Was bedeutet der Ausschluss nun für die Beschäftigten? Zunächst einmal ist das nur ein halbherziger Ausschluss. Eine vermeintlich gesichtswahrende Lösung. Der Ausschluss soll erst in fünf Jahren wirksam werden. Fünf Jahre, weil das Gesetz die Zulage für die Beamt*innen bis zum 31. Dezember 2025 beschränkt. Sollte das Land Berlin innerhalb von fünf Jahren zur »Besinnung« kommen, wird der Rausschmiss wohl nicht vollzogen. Bitter für das Land ist allerdings, dass der Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz sein Amt als erster Stellvertreter des Vorsitzenden der TdL mit sofortiger Wirkung verliert. Berlin ist zwar vorerst noch Mitglied der TdL, kann aber an den Beschlüssen der Mitgliederversammlung nicht mehr aktiv mitwirken. Das Land hat also seinen Einfluss auf der Arbeitgeberseite eingebüßt.

Die Tarifverträge gelten für die Beschäftigten im Land Berlin weiter und auch kommende Tarifabschlüsse werden auf das Land übertragen. Bei Tarifverhandlungen sitzen aber bekanntlich immer zwei Parteien am Tisch. Neben den Arbeitgebervertreter*innen, nun ohne Berliner, sind das die Arbeitnehmervertreter*innen, und zwar weiterhin mit einer starken Berliner GEW im Rücken. So wird es sich auch in den nächsten fünf Jahren lohnen, für bessere Arbeitsbedingungen und Entgelte in den Tarifauseinandersetzungen einzutreten. Schließlich geht es in Tarifauseinandersetzungen darum, die gewerkschaftliche Seite zu stärken und dem Arbeitgeber Druck zu machen. Daran hat sich wenig geändert. Mit oder ohne Stimmrecht des Landes im Arbeitgeberverband. ■

*Udo Mertens, Leitung Vorstandsbereich Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik*

FOTO: IMAGO IMAGES/SABINE GUDATH

# Für einen humanen Tarifvertrag

**Wenn es um die Bezahlung der eigenen Beschäftigten geht, zeigt sich der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg wenig kompromissbereit. Deshalb wird weiter gestreikt**

*von Udo Mertens*

Am 23. September 2020 fand beim Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg (HVD) der zweite Warnstreik in diesem Jahr statt. Hintergrund ist die Weigerung der Geschäftsführung des HVD, den ausgelaufenen Tarifvertrag (TV) wieder in Kraft zu setzen und die Entgelte der Beschäftigten zu erhöhen. An beiden Warnstreiks beteiligten sich über 500 Kolleg*innen. Ungeachtet der Einschränkungen durch die Pandemie haben sie sich deutlich dafür stark gemacht, den TV HVD erhalten zu wollen und eine Entgelterhöhung durchzusetzen.

## Ungleiche Bezahlung gleicher Arbeit

Der HVD unterhält in Berlin und Brandenburg diverse soziale Einrichtungen. Im Organisationsbereich der GEW BERLIN sind es vor allem die Beschäftigten in Kitas und sozialen Beratungsstellen sowie die Lehrkräfte im Lebenskundeunterricht. Diese wollen sich nicht allein auf das humanistische Weltbild des Verbandes verlassen, sondern ihre Geschicke mit Hilfe der GEW BERLIN lieber selbst in die Hand nehmen. Gründe dafür gibt es genügend. Seit Jahren hängt der HVD mit großem Abstand den Tarifen des Landes Berlin hinterher. Dabei sind die Entgelte beim HVD nochmal erheblich niedriger als bei anderen Trägern.

Die Verhandlungen mit dem HVD waren nie einfach und bei allen Tarifabschlüssen der Vergangenheit mussten beide Seiten Kompromisse eingehen. 2017 waren die Differenzen zwischen unseren Forderungen und den Vorstellungen des Arbeitgebers besonders groß. Am Ende wurde vereinbart, Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Tarifvertrages aufzunehmen, der sich am TV-L orientiert. Ziel der GEW BERLIN war es, einen Zeitplan zu vereinbaren, mit dem die Entgelte an den TV-L angeglichen werden. Zudem sollten auch die Laufzeiten und die Stufen an den TV-L angeglichen werden, damit die Kolleg*innen sich mit dem TV-L vergleichen können. Während wir zügig unsere Vorstellungen benannt haben, hat der Arbeitgeber alles darangesetzt, die Verhandlungen zu verschleppen.

Es dauerte bis 2019, bis der Arbeitgeber erstmals überhaupt seine Ideen konkretisierte. Sein Vorschlag sieht nun vor, eine komplett veränderte, abteilungsspezifische Tabellenstruktur einzuführen. Die Höhe der Entgelte soll nicht von der Tätigkeit, sondern von der Abteilung, in der man beschäftigt ist, abhängen. Im Ergebnis würde eine Erzieherin aus dem Bereich Jugend für dieselbe Arbeit wie eine Erzieherin aus dem Bereich Kita bis zu 203 Euro pro Monat weniger verdienen. Die Erzieherin aus dem Bereich Kita würde aber immer noch über 430 Euro weniger verdienen als eine Erzieherin im öffentlichen Dienst des Landes.

## Verhandlungen plötzlich beendet

Dem haben wir den Vorschlag entgegengehalten, die offenkundig festgefahrenen Verhandlungen auszusetzen und zunächst das dringende Problem der Höhe der Entgelte der Beschäftigten zu lösen. Unsere Forderung nach einer pauschalen Erhöhung um sechs Prozent wurde vom Arbeitgeber nicht nur abgelehnt, sondern die Tarifverhandlungen wurden vom Arbeitgeber gleich komplett beendet. Dabei folgt der HVD einem Plan, der mit Humanismus wenig zu tun hat. Die tariflichen Regelungen sollen beseitigt und die Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften zurückgedrängt werden. Stattdessen soll mit dem Betriebsrat verhandelt werden. Der Betriebsrat befindet sich in solchen Verhandlungen, bei dem es nur um das System der Vergütung geht, in der deutlich schwächeren Position, denn er kann nicht zum Arbeitskampf aufrufen und hat keinen Einfluss auf die Höhe der Bezahlung.

Diesem Plan haben die Beschäftigten in den beiden Streiks klar die rote Karte gezeigt und verdeutlicht, dass sie weiter einen TV wollen, der auf Augenhöhe verhandelt wurde. Die Streiks am 23. September und am 18. November dürften nicht die letzten beim HVD gewesen sein. Trotz Corona und den damit verbundenen Erschwernissen einer Tarifauseinandersetzung sind zeitnah weitere Streiks absehbar.

### *ONLINE-STREIK*

Am 18. November – dem Tag der Drucklegung dieser Ausgabe – haben die Beschäftigten beim HVD erneut gestreikt. Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie hatte sich die Tarifkommission dazu entschlossen, den ersten Online-Streik durchzuführen, digital, sicher und trotzdem kämpferisch. In der nächsten *bbz* informieren wir euch, wie es gelaufen ist.

FOTO: CHRISTINA BAUERMEISTER

# Die Neuen in der Geschäftsführung

**Mit Tine Scheffelmeier und Markus Hanisch hat die GEW BERLIN eine neue Doppelspitze in der Geschäftsführung**

*von Doreen Siebernik und Tom Erdmann*

Der Landesvorstand wählte Ende September das Tandem Tine Scheffelmeier (33) und Markus Hanisch (35) als neue Geschäftsführung der GEW BERLIN. Nach einem dreiviertel Jahr ohne gewählte Geschäftsführung hat die Geschäftsstelle nun wieder eine neue Leitung. Das freut uns sehr.

Beide übernahmen diese Aufgabe bereits im Dezember 2019 kommissarisch, nachdem ihr Vorgänger Frank Rzeppa sein Amt niedergelegt hatte.

2020 ist das große Wahljahr in der GEW – alle Gremien wurden neu gewählt und dazu noch die Personalrats- und Frauenvertreter*innen. Das sind neben der Führung der Geschäftsstelle zwei große zusätzliche Herausforderungen. Ab März kamen dann noch die Auswirkungen der Pandemie, der Lockdown, die Schließung der Geschäftsstelle, die schnelle Entwicklung neuer online Kommunikationswege hinzu. Tine und Markus haben sich dieser Aufgabe mit großer Leidenschaft gestellt. Sie haben ihre Teamfähigkeit bewiesen und die Stärke eines Tandems eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Tine ist in der GEW BERLIN aus ihrer Zeit im Landesstudierendenausschuss seit 2012 bekannt und war zuletzt als Referentin der Landesvorsitzenden die Elternzeitvertretung für Katja Müller. Markus kennen wir als Referenten des Vorstandsbereiches Öffentlichkeitsarbeit, in seiner Funktion als Pressesprecher und geschäftsführender Redakteur der *bbz*. In ihrer Aufgabenverteilung kümmert sich Tine um den reibungsfreien Ablauf unserer Gremienarbeit wie den Landesvorstand und die Landesdelegiertenkonferenz und führt die Geschäftsstelle im Inneren. Auch das Personal fällt schwerpunktmäßig in ihren Verantwortungsbereich. Markus' Schwerpunkt liegt auf der Kommunikation und den Mitgliedern der GEW BERLIN. Die Homepage, die Social-Media-Kanäle, Publikationen und Kampagnen werden durch ihn verantwortet. Die Aufgabe des Pressesprechers und die redaktionelle Verantwortung der *bbz* wird Markus auch als Geschäftsführer behalten. Einen Fokus wollen beide auf Organisationsentwicklung und Mitgliederaktivierung legen.

Tine und Markus kennen die vielfältigen Anforderungen und Herausforderungen, die die Tätigkeit als Geschäftsführer*in mit sich bringen, sind gut eingearbeitet und haben im zurückliegenden Jahr gezeigt, dass sie ihre gute Laune auch unter schwierigsten Ansprüchen nicht verlieren. Die GEW BERLIN hat über Jahre an Mitgliedern gewonnen. Die Hälfte unserer aktuell über 30.000 Mitglieder sind in den letzten zehn Jahren eingetreten. Ein großartiger Erfolg, der den engagierten ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Kolleg*innen zu verdanken ist. Daraus resultiert ein Aufwuchs an Personal und ein enormer Mehraufwand für die Geschäftsstelle und die Geschäftsführung.

Eine Geschäftsführung im Team bietet mit Blick auf die letzten Jahre und Jahrzehnte viele Vorteile. Gerade in Ausnahmesituationen, wie wir sie aktuell zu bewältigen haben, hat sich gezeigt, dass das Teammodell robust ist. Zudem ermöglicht ein Team die gegenseitige Vertretung. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Tine und Markus zwei junge, engagierte Kolleg*innen gefunden haben, die für die GEW BERLIN in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Verantwortung übernehmen werden. Wir beide arbeiten sehr gern mit Tine und Markus zusammen. Euch viel Erfolg in den kommenden Jahren und uns weiterhin so eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit!

*Doreen Siebernik und Tom Erdmann,*
*Vorsitzende der GEW BERLIN*

FOTOS: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

# Aufarbeitung des Radikalenerlasses von 1972

**Berufsverbote sind ein dunkles Kapitel aus der Zeit des Kalten Krieges. Die politisch Verantwortlichen müssen jetzt handeln und für Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen sorgen**

*von Ewald Leppin*

Die AG Berufsverbote kämpft schon lange dafür, dass den Opfern des Radikalenerlasses, der seit 1972 Berufsverbotsmaßnahmen gegen systemkritische Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst vorsah, endlich Gerechtigkeit zuteilwird. Es bedarf einer Rehabilitierung sowie Entschädigung der ehemals Betroffenen und einer gründlichen (wissenschaftlichen) Aufarbeitung.

In Hamburg (2018), Bremen (2011) und Niedersachsen (2016) sind entsprechende politische Beschlüsse getroffen worden – in Berlin stehen sie noch aus. In voraussichtlich neun Monaten werden die nächsten Wahlen des Berliner Abgeordnetenhauses stattfinden, der Wahlkampf hat bereits begonnen. Wir müssen jetzt Abgeordnetenhaus und Senat mit unserem Anliegen konfrontieren!

Unsere Möglichkeiten, auf Großveranstaltungen oder auch im Rahmen von Veranstaltungen in Schulen und Hochschulen die Öffentlichkeit auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen, sind angesichts der anhaltenden Corona-Krise erheblich eingeschränkt. Hinzukommt, dass ein Großteil unserer Gruppe im Altersbereich 70+ ist und als risikobelastet gilt.

### Berliner Berufsverbote-Ausstellung in Planung

Trotz Covid-19-bedingter Krise sind wir mit unserer inhaltlichen Arbeit gut vorangekommen. Momentan sind wir dabei, eine eigene Berliner Berufsverbote-Ausstellung mit dem Namen »Berufsverbote und politische Disziplinierung in West-Berlin nach dem Radikalenerlass‘ von 1972« zu entwickeln. Wir sind bei unseren Vorhaben von Beginn an solidarisch und unbürokratisch von der Geschäftsstelle und dem Vorstand unterstützt worden, dafür vielen Dank an die Kolleg*innen!

Auf der politischen Ebene konnten wir leider bislang kaum Erfolge erzielen. Allerdings haben wir jüngst eine erfreuliche Unterstützung in unserem Anliegen durch Niklas Schrader, den Innenexperte der Linken-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, erhalten. Niklas hat eine Reihe von Kontakten zu den anderen Regierungsparteien vermittelt, hat eine parlamentarische Anfrage zum Thema Radikalenerlass in West-Berlin und seine formelle Umsetzung gestellt und uns die ausführliche Antwort aus dem Senat weitergeleitet.

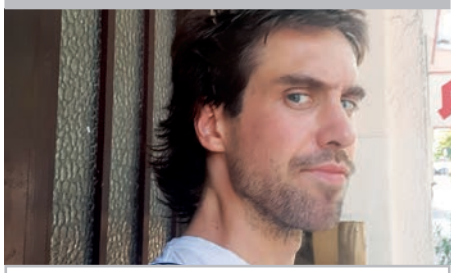
Zudem hat unser Vorsitzender, Tom Erdmann, ein Gespräch mit den Vertreter*innen der Regierungsparteien initiiert. Gut so, denn ein Warten bis nach den nächsten Berliner Wahlen kann nur nachteilig sein und wir brauchen auf der politischen Flanke jetzt dringend die Hilfe des GEW-Vorstands, um auch die anderen Regierungsparteien – vor allem die seinerzeit alleinregierende SPD, aber auch die Grünen – zum Handeln zu bewegen! ■

*Ausführlichere Informationen unter:*
*gew-berlin.de/arbeitsgruppen/ag-berufsverbote oder*
*ag.berufsverbote@extern.gew-berlin.de*

*Ewald Leppin,*
*AG Berufsverbote*

FOTO: PRIVAT

## GESICHTER DER GEW



### Christopher Paul

**ist 32 Jahre alt und seit drei Jahren Erzieher. Er ist per Zufallspfeilwurf aus der Mitgliederdatei »erwählt« worden.**

***Was regt dich zurzeit besonders auf?***
Was mich wirklich aufregen kann, sind Missachtungen von Prinzipien, die ich für sehr wichtig im Umgang miteinander halte. Dazu gehören Bescheidenheit, Würdigung der eigenen Fehlbarkeit, Rücksichtnahme und das stete Bemühen, den Anderen verstehen zu wollen.

***Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?***
Ich würde die Kinderzahl reduzieren. Dabei geht es mir zuvörderst nicht um den Personalschlüssel, sondern um den Platz für die Kinder. Es ist schon krass, wie eng eine volle Kita ist – da hilft auch alles Schönrechnen und »Offen-Konzipieren« nicht.

***Was gefällt dir an deinem Beruf?***
Dass ich nach drei Jahren (!) immer noch gerne zu Arbeit gehe.

***Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen …*** Solidarität, Kompromissbereitschaft, Notwendigkeit

***Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?***
Ich »wünsche« mir nichts. Allerdings empfand ich die »bittere Pille« der verlängerten Stufenlaufzeit für Berufsanfänger*innen bei den letzten Tarifverhandlungen als besonders »groß« und, nun ja, vermeidbar?

***Welches politische Amt würdest am liebsten einen Monat lang ausüben?***
Parteiloser Bundestagsabgeordneter, um in Jogger und Hemd am Rednerpult stehen und den Abgeordneten ins Gewissen reden zu können.

# Wir haben viel geschafft

**Andreas Kraft hört als Leiter des Vorstandsbereichs Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit auf. In einem Brief lässt seine Kollegin Christiane Weißhoff die gemeinsame Zeit Revue passieren**

*von Christiane Weißhoff*

Lieber Andreas,
wir beide haben uns 2011 entschlossen, gemeinsam für den Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit zu kandidieren. Die Möglichkeit, als Team die Organisierung unserer Berufsgruppen innerhalb des Landesvorstandes in die eigene Hand zu nehmen, hatte uns überzeugt. Die Herausforderungen der vielfältigen Arbeitsfelder und Problemlagen im sozialpädagogischen Bereich wären allein nicht zu bewältigen.

Du hast deine Erfahrungen aus der Arbeit im Betriebsrat der Lebenshilfe und in der Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit eingebracht. Angesichts der vielen Träger in der sozialen Arbeit war dies immer sehr hilfreich. Die Kolleg*innen bei freien Trägern spüren besonders den Druck der Arbeitgeber und die oft nicht tarifgerechte Bezahlung. Das hast du bei deiner Arbeit immer im Blick gehabt.

Wir haben mit Doreen, mit den Referent*innen Bärbel Jung und Ronny Fehler sowie mit vielen aktiven Mitgliedern die drängendsten Aufgaben bearbeitet. Und wir waren sehr erfolgreich. Insbesondere der Zuwachs an Mitgliedern in unseren Bereichen zeugt von unserem Tun. Sicher, wir konnten nicht alles, was wir uns vorgenommen haben, erreichen und manche Diskussion im innergewerkschaftlichen Miteinander kostete viel Zeit und Kraft.

In den über neun Jahren unserer Zusammenarbeit haben wir auch über den Arbeitsalltag hinaus Verbindendes gefunden. Ich denke da ans Fotografieren, an Ausstellungen, das Landleben und an Treffen in gemütlichen Runden. Nur zum Radfahren in der Stadt konnte ich mich, im Gegensatz zu dir, nicht durchringen.

Du hast entschieden, den Staffelstab zu übergeben. Sven, der auch schon lange aktiv ist, konnten wir für deine Nachfolge gewinnen. Und so wirklich bist du auch nicht weg, denn neue und auch einige alte GEW- Aufgaben warten schon auf dich.

Ich danke dir für die gemeinsame Zeit im Vorstandsbereich und wünsche dir gute Gesundheit und viel Energie für die Zukunft.

In diesem Sinne: Auf eine erfolgreiche nächste Etappe. Deine Christiane

*Christiane Weißhoff, Leiterin des Vorstandsbereichs Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit*

## *WIR TRAUERN UM ULF KADRITZKE*

Die GEW BERLIN trauert um ihren langjährigen Kollegen Ulf Kadritzke. Ulf war mehrere Jahre im Geschäftsführenden Landesvorstand für den Wissenschaftsbereich und darüber hinaus lange in der Abteilung Wissenschaft aktiv. Als Wissenschaftler, Hochschulpolitiker, Gewerkschafter und Mensch hat er für eine bessere Welt gekämpft und sich für die sozial Schwächsten in der Gesellschaft stark gemacht. Wir sind bestürzt, dass seine starke Stimme so plötzlich verstummt ist!

## *NIEMALS VERGESSEN!*

Die Mahnwache zur Pogromnacht am 9. November war – mit Abstand – gelungen. Die GEW-Masken und -Westen haben uns sichtbarer gemacht. Die GEW-Trommler*innen haben für Aufmerksamkeit gesorgt. Doreen Siebernik, unsere Vorsitzende, hat mit starker Stimme passende Worte gefunden und der Chor »Kontrapunkte« stand uns leider stumm aber zahlreich zur Seite. Dank an alle!
*Monika Rebitzki für den LAMA*

## *SCHREIB UNS!*

*Willst du einen Artikel aus der bbz kommentieren? Dann schreib uns an* bbz@gew-berlin.de – *wir freuen uns!*

FOTOS: GEW

# Liberté, j'enseigne ton nom

**»Freiheit, ich lehre Deinen Namen«, »Ich bin Lehrer«, »Ich bin Samuel«. Tausende versammeln sich überall in Frankreich, um ihr Entsetzen über den Mord an dem Lehrer Samuel Paty auszudrücken und ihre Solidarität zu zeigen**

*von Eva Besler und Christiane Pecek*

Präsident Macron veranstaltete eine Gedenkfeier im Hof der Sorbonne in Paris. Was war geschehen? Was führte zu dieser starken Betroffenheit? Samuel Paty, Geschichts- und Geografielehrer in einer Sekundarschule nördlich von Paris, hat am 5. und 6. Oktober wie jedes Jahr in einer 8. Klasse im Fach Staatsbürgerkunde eine Unterrichtseinheit über die Meinungsfreiheit durchgeführt. Wie jedes Jahr hat er Schüler*innen, die wegen von ihm verwendeter Karikaturen von Mohammed aus Charlie Hebdo schockiert sein könnten, angeboten, den Raum zu verlassen, die Augen zu schließen oder sich abzuwenden.

## Lehrkräfte verdienen Wertschätzung

Ehemalige Schüler*innen, die ihn sehr schätzten, kannten diese Unterrichtseinheit und wussten, wie respektvoll Samuel Paty mit den Schüler*innen umging. Eine aufsässige Schülerin, die wegen Beleidigungen schon vorher von der Schulleitung vom Unterricht ausgeschlossen worden war, erzählte trotz ihrer Abwesenheit in der Stunde, dass der Lehrer gesagt habe, »Muslime müssen raus«. Ihr Vater begann, in sozialen Medien gegen den Lehrer zu hetzen. Er verlangte, dass dieser »Strolch« aus dem Schuldienst entlassen wird. Er machte den Namen des Lehrers und der Schule öffentlich. Ein bekannter Islamist bot seine Hilfe an. Der Vater ging zur Polizei, um den Lehrer wegen der Verbreitung pornografischer Bilder anzuzeigen. Am 8. Oktober empfing die Schulleiterin den Vater mit dem Islamisten zusammen zu einem Gespräch mit dem Lehrer. Die Medienkampagne ging aber weiter. Am 12. Oktober zeigte der Lehrer seinerseits den Vater wegen Verleumdung an.

In der Nähe von Évreux, 100 km entfernt, fühlt sich ein 18jähriger Tschetschene zur Rache berufen und bereitet seine Tat vor. Er findet dabei Freunde, die mit ihm ein Messer kaufen und ihn bis vor die Schule fahren. Am Freitag, dem 16. Oktober, Beginn der Herbstferien, um 14 Uhr bietet er Schüler*innen 300 Euro an, wenn sie ihm zeigen, wer Samuel Paty ist. Zwei Schüler gehen darauf ein. Um 16 Uhr kommt der Lehrer aus der Schule, wird vom Täter verfolgt und ermordet. Der Mörder wird später von der Polizei erschossen.

Soweit die Fakten, die man rekonstruieren kann. Aber was nicht klar wird, sind die Reaktionen und Entscheidungen der Vorgesetzten des Lehrers, der Schulleiterin, des Schulrats, bis ins Ministerium. Es soll ein Berater der Schulbehörde an einem Gespräch mit dem Lehrer teilgenommen haben, der über die Neutralität der staatlichen Schule gesprochen habe. Angeblich, um den Lehrer zu unterstützen oder doch um ihn zu ermahnen?

Seit Jahrzehnten schon sehen sich französische Lehrer*innen mit Eltern und Schüler*innen konfrontiert, die sich einmischen, bestimmen wollen, welche Themen vom Unterricht ausgenommen werden und die gegen Sexualkunde und Schwimmunterricht klagen. Leider reagieren Kolleg*innen und Vorgesetzte nicht immer konsequent. Sie wollen keine Probleme, keinen Skandal, geben nach, beschwichtigen und verlangen sogar von Lehrer*innen Entschuldigungen wegen angeblicher Islamophobie oder Rassismus.

## Solidarität mit allen französischen Kolleg*innen

Die linksliberale Tageszeitung Libération schreibt an die Adresse der französischen Öffentlichkeit: »Es ist an der Zeit, den Lehrern endlich die Wertschätzung, den Schutz und die Bezahlung zu geben, die sie verdienen, angesichts der Aufgaben, die wir ihnen übertragen.«

FOTO: IMAGO IMAGES/STEFAN ZEITZ

Wir sprechen allen französischen Lehrer*innen unsere ganze Solidarität aus angesichts der Ermordung ihres Kollegen, der der fanatischen Blindheit gegenüber dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit zum Opfer gefallen ist. Wie für unsere französischen Kolleg*innen ist die Erziehung zum kritischen Denken und zur Toleranz die Grundlage unserer Arbeit. Wir sind beeindruckt von der Solidarität Frankreichs mit seinen Lehrer*innen und sind bei ihnen. ■

*Eva Besler, Team junge Alte/ Senior*innen und Christiane Pecek, AG Staatliche Europa-Schule Berlin*

# Die vergessenen Opfer der Nazis

**Eine neue Publikation widmet sich der in der bisherigen Erinnerungskultur vernachlässigten Gruppe der während des Nationalsozialismus wegen ihrer Homosexualität Verfolgten**

*von Gabriele Kandzora*

Männliche und weibliche Homosexualität galt während der Nazizeit als »Epidemie«, als Stigma und Tabu – selbst unter KZ-Häftlingen. Erschreckend ist auch die nationalistisch konnotierte Verleugnung – etwa in den Erinnerungen polnischer Häftlinge – als im KZ entstandene »deutsche Krankheit«. Wegen ihrer Sexualität Verfolgte wurden nach 1945 nicht oder nur sehr spät als Opfer anerkannt. Noch immer steht deren Würdigung im Deutschen Bundestag aus. Noch immer gibt es im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau keine öffentliche Erinnerung an diese Verfolgten.

Das im September erschienene Buch »Erinnern in Auschwitz auch an sexuelle Minderheiten« herausgegeben von Joanna Ostrowska, Joanna Talewicz-Kwiatkowska und Lutz van Dijk widmet sich nun dieser Thematik und ist nicht nur brandneu, es ist auch brandaktuell. Couragiert und differenziert wird hier die komplexe Problematik der Erinnerung an die Verfolgung sexueller Minderheiten entfaltet. Dabei schließt die historische Aufklärung auch eine die Gegenwart der Gedenkpraxis betreffende Dimension ein.

Das Buch startet mit Geleitworten der beiden Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, Ehrenpräsidentin des deutschen Auschwitzkomitees, und des polnischen Menschenrechtsaktivisten Marian Turski, gefolgt von einem polnischen Historiker und einer deutschen Kollegin. Schon hier wird deutlich: es geht um eine transnationale Gemeinschaftsproduktion. 20 Autor*innen verschiedener Herkunft und unterschiedlichen Alters haben an der Publikation mitgewirkt. Diese Multiperspektivität prägt auch Aufbau und Inhalte des Buchs: Teil I und II befassen sich mit thematischen Grundlagen und der Forschungsgeschichte, Teil III erzählt von Einzelschicksalen, in Teil IV geht es um die praktischen Konsequenzen der Forschungsergebnisse und Teil V dokumentiert die Lebensdaten von 136 Verfolgten.

Dieses Buch ist also sowohl wissenschaftlich fundiert als auch politisch ambitioniert, es vermittelt die historische und gegenwärtige Problematik von Homophobie radikal aufklärerisch, pointiert und in eindringlichen Geschichten und Bildern, die auch die lagerinterne brutale Entmenschlichung zum Beispiel durch sexuellen Missbrauch nicht aussparen. So macht eine reichhaltige und vielfältige Betrachtung das Buch für verschiedene Leser*innengruppen interessant – vom Newcomer bis zur bereits politisch engagierten Leser*in.

Die Einzelschicksale – wie etwa die Geschichten von Fredy Hirsch und Alice Carlé – berühren einen ganz unmittelbar, emotional und umfassend menschlich, auch weil sie nicht nur Opfergeschichten sind. Sie zeigen, wie größte Bedrohungen zu Inhumanität führen, wie aber auch Humanität möglich ist. Sie sind damit keine »Heldengeschichten«, sondern Beispiele für Lebensläufe in Ausnahmesituationen, die auch heute noch eine starke Wirkung haben und daher gut geeignet sind für schulische Projekte.

Erinnerungskultur und politische Bildung bedürfen heute neuer Zugänge und haben jede Selbstverständlichkeit verloren. Überlebende des Holocaust können nur noch für kurze Zeit befragt werden. Es bedarf also anderer Formen der Zeugenschaft. Auch die wachsende Diversität der Schülerschaft bedarf neuer Betrachtungsweisen. Dazu kann dieses Buch wesentlich beitragen. Denn hier geht es weder um die Reproduktion faschistischer Verfolgtenkategorien noch um scheinbar identitäre Bezüge zu den Opfern und auch nicht um die Ergänzung eines »Segments« in der Erinnerungskultur, sondern um die Öffnung hin zu einer inklusiven humanen Perspektive.

**»Die Einzelschicksale berühren auch, weil sie nicht nur Opfergeschichten sind.«**

Dieses Buch wird seinen Platz finden in wissenschaftlichen und politischen Diskursen, in der Lehrer*innenbildung sowie in Projekten schulischer und außerschulischer Bildung. Konkret lassen sich vielfältige Formen der aktiven Rezeption denken: die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Verfolgung sexueller Minderheiten, die Befassung mit Einzelschicksalen, das Initiieren politischer Initiativen, um die Erinnerung an verfolgte sexuelle Minderheiten einzufordern, bis hin zu Exkursionen und internationalen Begegnungen. ■

*Gabriele Kandzora, ehem. Leiterin der Abt. Ausbildung im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg*

FOTO: IMAGO STOCK&PEOPLE

**Ein Stück über drei Einzelkinder, übers Umziehen, über Erpressung auf dem Schulhof, über Angst und Sehnsucht, Küsse und Chaos, Freundschaft, Glück und Liebe**

FOTO: DAVID BALTZER | BILDBUEHNE.DE

## THEATER

*»Bella, Boss und Bulli«*, das mehrschichtige Stück, in einer neuen Fassung (nur leicht verändert) im **Grips-Theater**. Bella, sieben Jahre alt, musste mit ihrer Mutter umziehen – die Bühne voller Umzugskartons. Bella freundet sich mit zwei Jungen an; diese werden von einem dritten Jungen um Geld erpresst. Zum Glück gibt es noch einen ansonsten eher brummigen Hausmeister, der für einen guten Ausgang sorgt. *Hans-Wolfgang Nickel*

*»Shalom – Salam: wohin? – Bilder aus den Zeiten von Corona«* Premiere am 9.12.2020
Eine Culture-Clash-Komödie
Das Jahr 2020 steht unfreiwillig im Zeichen von Corona, und so zeigt der Auftakt der zweiten Staffel »Bilder aus den Zeiten von Corona« und erzählt in Episoden von vier Berliner Familien christlicher, jüdischer und muslimischer Prägung und wie die Jugendlichen und die Erwachsenen diesen Alltag erleben. Das Projekt: »Shalom-Salam: Wohin?« ist ein Theaterstück, das seit 2015 jährlich gemeinsam von den Künstlern des Fördervereins für deutsch-jüdische Theatervorstellungen e.V. (DJT – Deutsch-Jüdisches-Theater) mit Berliner Jugendlichen jüdischer, muslimischer und christlicher Prägung zum Jahresende auf die Bühne gebracht wird. Das Stück reagiert auf die jeweils aktuelle gesellschaftspolitische Situation in Deutschland, wo neben aller Weltoffenheit immer wieder Antisemitismus, Muslim*innenfeindlichkeit und Rassismus gelebt wird. In gemeinsamen Workshops sind die Jugendlichen gehalten, sich offen und ungefiltert über ihre Gefühlswelten und Sichtweisen auszutauschen, und entsprechend auch an der Gestaltung des Textbuches inhaltlich mitzuarbeiten. Künstlerische Leitung und Text: Alexandra Julius Frölich; Regie: Gudrun Lelek; Musikalische Leitung: Alexander Gutman und Evgenija Rabinovitch
*Preise: Erwachsene 18 Euro, ermäßigt 14 Euro, Schüler 7 Euro, Gruppenrabatt ab 10 Personen auf Anfrage möglich. Weitere Informationen unter: www.shalom-salam-wohin.de/index.php*

## BÜCHER

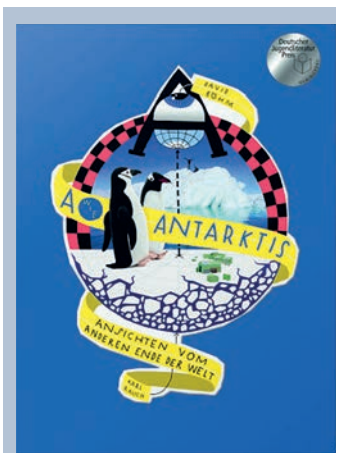
### »Hier sind wir« – Liebeserklärung und Mahnung zugleich

Mit »Hier sind wir« führt Oliver Jeffers uns den Planet Erde in all seinen Kuriositäten vor Augen. Das Bilderbuch bringt uns damit zum Staunen. Was für eine Vielfalt an Vegetation, Lebewesen und Lebensweisen! Das Ganze verpackt Oliver Jeffers mit wenig Text in berührende Illustrationen. Als Anleitung zum Leben auf der Erde im Untertitel ausgewiesen, hat Jeffers alles gesammelt, was ihm für einen Neuankömmling wichtig erscheint. Wo befindet sich diese Erde? Wie sieht sie aus? Wer lebt dort? Und wie leben die Lebewesen auf ihr? Das Bilderbuch ist eine Liebeserklärung an unseren Planeten und zugleich eine Mahnung an alle, sorgfältig mit ihm und allen, die darauf leben, umzugehen. Auch die Adaption von Jeffers' Anleitung zum Leben auf der Erde als 36-minütiger Animationsfilm, unter der Regie von Philip Also, produziert von Studio Aka, zu sehen auf Apple TV, ist sehr zu empfehlen. In diesem findet die Einführung ins Leben auf der Erde im Museum statt. Ein Rundgang durch das »Museum of Everything« ermöglicht, die Besonderheiten in einzelnen Schauräumen zu entdecken. Dreidimensionalität und Medialität gestalten den Eindruck davon immersiv und unterstützen die Vorstellungsbildung mit allen Sinnen. Wie sieht mein Körper von innen aus und was macht mein Herz? Auf einer Art Achterbahn kann zum Beispiel die Erde abgefahren und die Erdoberfläche wie auch die Atmosphäre hautnah beobachtet und miterlebt werden. Alltägliche Beobachtungen auf dem Weg nach Hause oder mit dem Blick in den Himmel verknüpfen dann wiederum die einzelnen Eindrücke und das Wissen darüber. Vielleicht ist die Textpassage »Über das Meer wissen wir auch ein paar Sachen. Aber darüber sprechen wir dann, wenn du schwimmen kannst.« auch als Ankündigung für ein neues Bilderbuch von Jeffers zu verstehen. Wir würden uns auf jeden Fall darüber freuen!
*Farriba Schulz, AG Jugendliteratur und Medien der GEW BERLIN*

➔ *Oliver Jeffers »Hier sind wir: Anleitung zum Leben auf der Erde«, 48 Seiten, 17 Euro, 4-8 Jahre*

### Deutscher Jugendliteraturpreis an »A wie Antarktis. Ansichten vom anderen Ende der Welt«

Außergewöhnlich. Diese Beschreibung trifft auf David Böhms »A wie Antarktis« in vielerlei Hinsicht zu und verweist zugleich auf die herausragenden Qualitäten des




➔ *David Böhm, »A wie Antarktis. Ansichten vom anderen Ende der Welt«, 76 Seiten, 22 Euro, ab 8 Jahre*

großformatigen und hochwertig ausgestatteten Sachbuchs. Denn was der tschechische Buchkünstler Böhm und mit ihm die Übersetzerin Lena Dorn über Antarktika, den südlichsten Kontinent der Erde, berichten, lässt nicht nur staunen über dessen Unwirtlichkeit, sondern auch erahnen, welch Vielfalt und Schönheit sich im ewigen Eis verbergen. Dabei macht Böhm auf positive und inspirierende Weise deutlich, dass die Antarktis von unschätzbarem Wert für das Klima und unseren Planeten ist.

### LesePeter im Dezember

Im Dezember 2020 erhält den LesePeter das Bilderbuch »Zug der Fische«. Marika vermisst ihre Mutter, die in Westeuropa arbeitet, um ihrer Familie in der Ukraine den Lebensunterhalt zu finanzieren. Die große Sehnsucht des Mädchens zeigt sich eindrücklich in der Darstellung der kindlichen Lebenswelt im poetischen Text und in den feinsinnigen Illustrationen.

➔ *Yaroslava Black: »Zug der Fische«, 32 Seiten, 18 Euro, ab 4 Jahren*

ANZEIGEN

**THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN**
*Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance*
**Fortbildungen 2020**
- Achtsamkeitsbasierte Kommunikation
- Lampenfieber als Herausforderung
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Das Puppenspiel in der pädagogischen und sozialen Arbeit
- Unfaire Argumente parieren
- Kompaktseminar: Didaktik und Methoden

**Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.**
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
**www.communication-academy.org**

## MATERIAL

### Ausstellung zur Arbeit der GEW-Stiftung Fair Childhood

Im kommenden April wird die GEW-Stiftung »fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit«, zehn Jahre. Nun ist eine Ausstellung fertig, die die Zusammenarbeit der GEW-Stiftung mit Lehrkräfte-Gewerkschaften im globalen Süden und im Rahmen der Bildungsinternationale darstellt. Die Ausstellung gibt einen Einblick, wie die Lehrkräfte-Gewerkschaften in ihren Ländern mit finanzieller Unterstützung der Stiftung kinderarbeitsfreie Regionen einrichten und junge Menschen aus Kinderarbeit in Vollzeitunterricht in die Schulen holen. Sie bieten ihren Gewerkschaftsmitgliedern Schulungen und Fortbildung an, machen Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Kinderarbeit und führen die dazu notwendigen Meetings durch. Die Fotos entstanden fast ausschließlich bei Monitoring-Besuchen in den Projekten vor Ort, hauptsächlich in Afrika. Die Ausstellung umfasst zwölf Plakate im DIN A 2-Format und kann gegebenenfalls auch tageweise oder für ein bis zwei Wochen ausgeliehen werden, wenn GEW-Kolleg*innen sie bei einer Veranstaltung und zu Spendenaktionen zeigen möchten. Nach wie vor sind auch zu einzelnen Länderprojekten und Themen vierseitige Faltblätter zur Information erhältlich. Von zwei Projektbesuchen, in Uganda und in Simbabwe, gibt es kurze Videofilme von Klaus Bullan (circa 15 Minuten lang), die einen guten Eindruck von der Arbeit vor Ort vermitteln können. Damit lässt sich eine kleine Veranstaltung für Interessierte organisieren, je nach Bedarf und Möglichkeit auch mit Referent*in. Weitere Informationen zu Ausstellungen, einzelnen Faltblättern oder den Projektbesuchen können angefragt werden bei der GEW-Bund in Frankfurt über Karin.Gaines@gew.de Größere Mengen der Faltblätter sind im GEW-Webshop zu bestellen. Wer die Filme vorab ansehen möchte, findet sie auf youtube unter: *youtu.be/g1_Cda5Hc4g (Uganda) und youtu.be/96OcbGVFP3U (Simbabwe)*

### *HALLO, GEFÜHLE!*

Hier eine kleine Achtsamkeitsübung für den Umgang mit Gefühlen von dem Meditationslehrer Thich Nhat Hahn. Wenn ein Gefühl kommt, können wir dieses willkommen heißen und begrüßen. Wir geben unserem Gefühl Raum und es gibt uns mehr Raum. Setze dich aufrecht hin. Wenn du magst, schließe die Augen und sag dir laut oder innerlich, einatmend: »Hallo, mein kleiner Kummer (oder Wut, Traurigkeit, Angst)«, ausatmend: »Ich werde auf dich aufpassen.« Wie passen wir auf unser Gefühl auf? Wir atmen zu unserem Gefühl hin. Manchmal verstehen wir plötzlich, warum wir uns so fühlen oder realisieren, dass wir etwas darüber erzählen oder machen wollen. Oder das Gefühl ändert sich ein bisschen. Wiederhole diese Atmung drei Mal. Wie geht es dir danach? Hat sich etwas verändert?

*Rachel Brooker, info@turiya.berlin, www.turiya.berlin*

## AKTIVITÄTEN

### GEW-Sambagruppe – Singen verboten!

Mach' Instrumentalmusik mit der Sambagruppe in Coronazeiten! Donnerstags 16.30 bis 18 Uhr. Für weitere Informationen oder Fragen an Hans-Jürgen Heusel wenden: *samba@gew-berlin.de*

### Lehrkräftebefragung: Digitalisierung im Schulsystem

Wir bitten Sie, uns bei der Durchführung eines ambitionierten Vorhabens zu unterstützen, welches

den schulpolitischen Debatten zur Digitalisierung eine evidenzbasierte Grundlage verschaffen soll. Wir wollen die Sichtweise der Lehrkräfte erheben, um die Debatte näher an die Schulwirklichkeit heranzuführen, nicht zuletzt um Lehren aus der überstürzten Digitalisierung während der Corona-Pandemie zu ziehen. Im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung und mit Unterstützung des GEW-Hauptvorstands wird die Studie von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Georg-August-Universität Göttingen durchgeführt. Interessierte Schulen und Personen, die als Multiplikator*innen an ihren Schulen für eine Beteiligung werben können, werden gebeten, sich ab sofort beim Landesverband zu melden. Sie erhalten dann Zugang zur Projektplattform und einen Registrierungslink zur Verteilung an die Lehrkräfte ihrer jeweiligen Schule. Weitergehende Informationen zur Studie unter *www.digitalisierung-studie.de*

## SENIOR*INNEN

Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an: senorinnenteam@gew-berlin.de und im Veranstaltungskalender auf der GEW-Webseite. Euer Senior*innen-Team *www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender/events/list/*

### Senior*innen/Junge Alte

• *Donnerstag, 17. Dezember 2020 | 10.30 Uhr Treffen*
Architektur des 20. Jahrhunderts zwischen Kreuzberg und Tiergarten, vom IG-Metall-Haus zum Lützowplatz. Stadtspaziergang mit Führung. Dauer 2-3 Stunden. Treffpunkt: 10.30 Uhr Mehringplatz an der Säule (U-Bahnhof Hallesches Tor, U1 und U6). Anmeldung erforderlich: Reinhard Brettel, E-Mail: reinhard.brettel@t-online.de, Tel.: 69816931, mobil: 0174-6024255 Die Veranstaltung kann nur stattfinden, wenn die aktuellen Einschränkungen wegen Covid-19 es zulassen!

### Senior*innen Lichtenberg

• *Mittwoch, 9. Dezember 2020 | 12.45 Uhr Treffen*
Vorweihnachtliches Beisammensein Obwohl eine Busfahrt nicht möglich ist, lasst uns gemeinsam die besinnliche Adventszeit in einem schönen Wintergarten genießen. Für Kaffee und Kuchen ist gesorgt. Verwöhnt werden wir mit einem kleinen Kulturprogramm. Gestaltet dieses gern durch eigene Beiträge mit, wir freuen uns darauf. Treff: 12.45 Uhr Leo's Restaurant, Panketal Schönower Str. 59 oder an der Kirche. Kosten: 5 Euro pro Person, weitere Kosten übernimmt die GEW. Fahrmöglichkeiten: S-Bahn Richtung Bernau bis Zepernick oder Bus 893 um 11.53 Uhr ab Prerower Platz bis Panketal Kirche. Telefonische Anmeldung erforderlich bei Marina Wulff Tel. 64397043 oder bei Erich Juhnke Tel. 9757564

ANZEIGEN

**Supervision, Coaching, Beratung**

Erfahrung seit über 20 Jahren in den Bereichen Schule und Erziehung

**Hoferichter Supervision Berlin**

Karena Hoferichter
Haydnstraße 4, 12203 Berlin oder
Marschnerstraße 12, 12203 Berlin
Telefon: +49 (0)171 32 13 804
Telefax: +49 (0)30 84 30 99 92
E-Mail: info@hoferichter-supervision.de
www.hoferichter-supervision.de

FiL
DGSv

**Ihre Farbanzeige in der bbz**

Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 72,20 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 613 93 60 oder info@bleifrei-berlin.de

**Extra Buch**

VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN

z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...

Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

**Wir bezahlen deine Kinderbetreuung!**

Mitglieder der GEW BERLIN bekommen ihre Kinderbetreuungskosten während Veranstaltungen oder Seminaren der GEW für Kinder bis zu 14 Jahren mit 10 Euro die Stunde bezuschusst.

Mehr Infos unter www.gew-berlin.de/kinderbetreuung

**Anmeldung:**
www.gew-berlin.de/seminare
oder 030/219993-0
**Veranstaltungsort:**
GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin (wenn nicht anders angegeben)
**Kinderbetreuung:**
Auf Antrag gewährt die GEW BERLIN Mitgliedern einen Zuschuss von 10 Euro pro Stunde zu den Betreuungskosten.
**Barrierefrei:**
Das GEW-Haus ist leider noch nicht barrierefrei. Bitte nehmt Kontakt zu uns auf.

Klinik am Leisberg

**Private Akutklinik**
für intensive und persönliche Psychotherapie in freundlicher, unterstützender Umgebung

**Von hier an geht es aufwärts!**

**Telefon: 07221/39 39 30**

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
**www.leisberg-klinik.de**

schulfahrt.de
Klasse Reisen.

*Klassenfahrt 2021? Aber sicher!*

**Klassenfahrt gerettet!**

**Einzigartiges Corona Schutz- und Sicherheitspaket – nur bei schulfahrt.de!**
Jetzt Angebot mit allen Infos online oder per Telefon anfordern!
Die besten Reiseziele für Schulen ohne Risiko buchen und mit uns sicher reisen!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde
Tel.: 0 35 04/64 33-0
info@schulfahrt.de

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

| | | |
|---|---|---|
| 08. DEZ | 18.30 Uhr | **Abteilung Berufsbildende Schulen** |
| 09. DEZ | 17.00 Uhr | **Landesausschuss Migration, Diversität und Antidiskriminierung** |
| 10. DEZ | 18.00 Uhr | **Fachgruppe Schulsozialarbeit** |
| 11. DEZ | 18.00 Uhr | **AG Lesben Weihnachtsfeier**<br>Ort: Sonntagsclub, Greifhagener Str. 28, 10437 Berlin |
| 15. DEZ | 17.00 Uhr | **AG Quereinstieg Webex-Meeting** |
| 15. DEZ | 19.00 Uhr | **AG Schwule Lehrer** |
| 16. DEZ | 17.00 Uhr | **AG Frieden** |
| 17. DEZ | 18.00 Uhr | **Kita-AG** |

## HINWEIS

Das GEW-Haus ist, abhängig von der aktuellen Entwicklung rund um die Corona-Pandemie, nur eingeschränkt geöffnet. Ob die in dieser Ausgabe angekündigten Veranstaltungen stattfinden können, ist zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht zu sagen. Bitte informiert euch über den aktuellen Stand unter *www.gew-berlin.de*. Wenn ihr Fragen habt, meldet euch unter *info@gew-berlin.de*.

## GEW-HAUS ZWISCHEN DEN JAHREN

Auch die Beschäftigten der GEW brauchen mal eine Pause. Unsere Geschäftsstelle ist daher ab 23. Dezember bis zum 4. Januar geschlossen. Das Team der GEW BERLIN wünscht euch allen entspannte Feiertage und einen guten und gesunden Rutsch ins neue Jahr!

**Auch wenn dieses Jahr sicher alles anders ist: Die *bbz*-Redaktion wünscht euch fröhliche Feiertage!**

**GEW-Haus** | Ahornstraße 5 | 10787 Berlin (U-Bhf Nollendorfplatz)
Mo, Di, Do 9 bis 16 Uhr; Mi 9 bis 17 Uhr; Fr 9 bis 15 Uhr | Telefonsprechzeiten ab 10 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93-0